

**Einwohnerratssitzung 2014/2015
Protokoll Nr. 8**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 25. Juni 2015**
Sitzungszeit 13:00 Uhr bis 17:15 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll	Janine Lipp	
Direktwahl	041 329 63 09	25. Juni 2015 jl

Anwesend

Präsident

Peter Portmann

Einwohnerrat

32 Mitglieder

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Guido Solari

Protokoll

Janine Lipp

Entschuldigt

Enrico Ercolani
Roland Schwizer
Verena Wicki Roth

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 353 |
| 2. | <u>Fragestunde</u>
<i>(max. 30 Min.)</i> | | Seite 353 |
| 3. | <u>Bericht und Antrag:</u> Planungskredit Schulanlage
Brunnmatt | Nr. 168/15 | Seite 355 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag:</u> Planungskredit Zukunft
Wasserversorgung Kriens | Nr. 169/15 | Seite 359 |
| 4a. | <u>Dringliches Postulat Graber:</u> Bypass - so nicht!
Konsequent bleiben!
<i>Begründung</i> | Nr. 185/15 | Seite 375 |
| 5. | <u>Postulat Aakti:</u> Ticket-System für das Baudepartement
<i>Begründung</i> | Nr. 172/15 | Seite 379 |
| 6. | <u>Beantwortung Interpellation Kobi:</u> Konsequenzen bei
der Annahme der Kantonsinitiative „Für faire
Unternehmenssteuern“ | Nr. 161/15 | Seite 379 |
| 7. | <u>Postulat Lammer:</u> Stärkung der Organisationsstruktur
im Sozialdepartement
<i>Begründung</i> | Nr. 170/15 | Seite 383 |
| 8. | <u>Verabschiedungen</u>
- Brahim Aakti (SP)
- Mara Dalla Bona (FDP)
- Verena Wicki Roth (CVP)
- Paul Winiker (Gemeindepräsident) | | Seite 386 |

Neueingangsliste

- Nr. 154/15 Beantwortung Interpellation Koch: Staufreies Kriens
- Nr. 177/15 Interpellation Erni: Kriens Tourismus – ein wichtiger Pfeiler für die Vermarktung
von Kriens
Eingang: 28.05.2015
- Nr. 178/15 Postulat Kaufmann: Betreuungsangebot an den Wochenenden für Kinder deren
Eltern am Wochenende erwerbstätig sind
Eingang: 28.05.2015
- Nr. 179/15 Postulat Graber: Tourismus- und Ortsmarketing-Strategie für die Gemeinde
Kriens
Eingang: 03.06.2015

- Nr. 180/15 Postulat Staub: Weniger Vorstösse – mehr bilaterale Problemlösungen
Eingang: 05.06.2015
- Nr. 181/15 Postulat Graf: Kein Porto für Wahlen und Abstimmungen
Eingang: 08.06.2015
- Nr. 182/15 Postulat Berger: Businessplan für das Parkbad Kriens
Eingang: 11.06.2015
- Nr. 183/15 Interpellation Piras: Werden Krienser Vereine obdachlos?
Eingang: 12.06.2015
- Nr. 184/15 Postulat Kaufmann: Sponsoring Partner für das Schappe Süd zum Zweiten
Eingang: 16.06.2015
- Nr. 185/15 Dringliches Postulat Graber: Bypass – so nicht! Konsequenz bleiben!
Eingang: 18.06.2015
- Nr. 186/15 Interpellation Kaufmann: Risiko Erdbeben Hergiswaldstrasse
Eingang: 18.06.2015
- Nr. 187/15 Postulat Kaufmann: Rausverkauf des Mobiliars und Infrastruktur des Pila-
tussaals und Scalas
Eingang: 18.06.2015
- Nr. 188/15 Interpellation Graf: Was geschieht in Kriens mit den illegalen Migranten?
Eingang: 22.06.2015

Peter Portmann begrüsst alle Anwesenden zur Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Dominik Weingartner.

Die Abfahrt für den Einwohnerratsausflug vom 27. Juni 2015 ist um 7:00 Uhr auf dem Gemeindehausplatz. Am Abend ist man um 18:00 Uhr wieder zurück.

Der Sprechende gratuliert Rätö Camenisch zu seinem 70. Geburtstag, welcher er am 16. Juni 2015 feiern konnte.

Entschuldigt haben sich Enrico Ercolani und Roland Schwizer. Verena Wicki-Roth wird aus beruflichen Gründen erst etwa um 17:00 Uhr zur Sitzung stossen.

Die Pause ist von 15:00 Uhr bis 15:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 18:00 Uhr. Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich am Startevent Mattenhof.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Peter Portmann keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Am 19. Juni 2015 hat Kathrin Graber das **Dringliche Postulat: Bypass - so nicht! Konsequenz bleiben! (Nr. 185/15)** eingereicht. Der Sprechende fragt, ob der Dringlichkeit opponiert wird. Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als dringlich erklärt. Das Postulat Graber wird als Traktandum 4a behandelt.

Mitteilungen seitens des Gemeinderates

Judith Luthiger-Senn informiert über den Bericht der Bibliotheken. Im Bericht sieht man, dass die Krienser Bibliothek im Vergleich zu den anderen Bibliotheken gut abschneidet. Der Begegnungsort in der Bibliothek ist wichtig. Dem KriensInfo konnte man auch entnehmen, dass es bei der Bibliothek einen neuen Sitzplatz gibt, welcher durch den Verein Pro Gemeindebibliothek gesponsert wurde.

2. Fragestunde

Laut Kathrin Graber konnte man in der Zeitung lesen, dass es mit den Konzessionsverträgen mit der CKW Probleme geben kann. Kann der Gemeinderat informieren, wie der aktuelle Fall ist und wie er vorgehen möchte?

Paul Winiker führt aus, dass man noch keine akuten Handlungsbedarf hat. Viele Gemeinden haben das gleiche Problem. Der Verband Luzerner Gemeinden VLG hat damals beraten. Es muss sich nicht jede Gemeinde diesem Problem annehmen, sondern die Gemeinden können auf den VLG zurückgreifen, damit sie Unterstützung erhalten.

Thomas Lammer stellt fest, dass sich die Schlundstrasse immer mehr zu einer Autostrasse entwickelt. Was unternimmt der Gemeinderat?

Gemäss Cyrell Wiget beschäftigt dieses Problem den Gemeinderat auch. Der Gemeinderat hat den Krienser Polizeiposten darauf aufmerksam gemacht. Sie sind daran Kontrollen zu machen. Es ist jedoch nicht so einfach, weil es mehr als 300 Fahrwegrechte gibt. Das schreckt die Polizei bezüglich der Beweislage ab. Der Gemeinderat wird dieses Problem bei der Polizei nochmals ansprechen.

Raphael Spörri wurde von einem Anwohner gefragt, wie die Situation des Trottoirs im Stampfeli Richtung Schützenrain ist. Wann wird das Trottoirs asphaltiert?

Laut Matthias Senn hat dies einen Zusammenhang mit dem Projekt K4 und der Überbauung im Schützenrain. Gemäss Zeitplan des Projekts K4 wird dies im 2017 realisiert. Das Projekt wird nun nochmals überarbeitet und dann öffentlich aufgelegt. Die Rengglochstrasse wird spä-

ter realisiert. Gleichzeitig wurde auch ein Entwurf für den Gestaltungsplan Schützenrain eingereicht. Die Überbauung wird terminlich auf die Bauarbeiten der K4 abgestimmt.

Erich Tschümperlin führt aus, dass der Weg vom Hinteramlehn zum Obergütsch Richtung Gabeldingen kein asphaltierter Weg ist. Dieser Weg hat wegen den starken Unwettern stark gelitten. Es hat Furchen drin. Über diesem Weg gelangt man ins Naherholungsgebiet. Wann und wer gedenkt diesen Weg wieder in Stand zu setzen?

Matthias Senn sagt, dass wenn der private Weg gemeint ist, welcher der Familie Burri-Muff gehört, dann hat sich die Gemeinde bereits darum bemüht diesen Weg zu sanieren. Die Grundeigentümer gaben jedoch ihre Einwilligung nicht. Damals bestand jedoch noch der Konflikt betreffend der Remise. Dieses Verfahren ist nun rechtskräftig abgeschlossen. Im Moment ist der Gemeinderat gar nicht in Kenntnis darüber, ob es bereits nochmals einen Anlauf der Gemeinde gab diesen Weg zu sanieren.

Judith Mathis-Wicki stellt fest, dass die Schulhausprovisorien auf der Krauerwiese schnell Gestalt annehmen. Diese lösen bei der Bevölkerung ziemlich viele Fragen aus. Ist es möglich, dass der Gemeinderat Infotafeln aufstellen kann analog der Zentrumsprojekte?

Laut Judith Luthiger-Senn hat es bereits eine Infotafel, wenn man vom Krauer Richtung Friedhof läuft. Im aktuellen KriensInfo ist auch ein grosser Bericht über die Zentrumsbauten. Der Gemeinderat schaut, ob es noch mehr braucht.

Cyrell Wiget ergänzt, dass die Sportkoordination den Auftrag erhalten hat einen Wegweiser für die Spielwiese hinter den Provisorien zu machen.

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf sind der Schülerhort und der Kindergarten im Amlehn bald fertig erstellt. Sie findet es gut, wenn diese Baute und auch die Modularen Schulräume nach Fertigstellung der Bevölkerung an einem Tag zugänglich gemacht werden, um zu zeigen, was gemacht wurde.

Der Gemeinderat nimmt dies laut Judith Luthiger-Senn entgegen. Es besteht die Möglichkeit dies zu machen. Für die Eröffnung vom Kindergarten/Hort wurden alle Eltern und die Anwohner eingeladen. Es ist eine Überlegung wert, so etwas auch bei den Modularen Bauten durchzuführen. Sie dankt für den Hinweis.

Pascal Meyer führt aus, dass der Gemeinderat an der vorletzten Einwohnerratssitzung erklärt hat, wie die Namensvergabe von Wegen gemacht wird. Es geht ihm immer noch um den Gallizunft-Weg. Es wurde erklärt, dass dies ein Gag der Gallizunft war. Wie ist das weitere Vorgehen?

Laut Matthias Senn hat man bis jetzt noch nichts unternommen. Die Gemeinde nimmt mit der Gallizunft Kontakt auf, um zu klären, ob die Wegbezeichnung wieder wegkommt.

Gemäss Davide Piras konnte man in den Medien entnehmen, dass in und um Luzern immer mehr vergiftete Hundeköder verteilt wurden. Ist das ein Problem in Kriens? Gingen Meldungen ein?

Cyrill Wiget glaubt, dass bei der Gemeinde keine Meldungen eingegangen sind.

3. Bericht und Antrag: Planungskredit Schulanlage Brunnmatt Nr. 168/15

Laut Martin Heiz wurde das Eintreten in der BK nicht bestritten. In der Detailberatung gab es dann doch noch einige Fragen. Es wurde die Frage gestellt, ob man bereits einen Wettbewerb oder Studien durchgeführt hat. Der BK wurde erklärt, dass einige Studien durchgeführt wurden und dafür Fr. 185'000.00 ausgegeben wurde. Man hat sich aber noch nicht entschieden. Es gab eine zweistufige Submission, um das richtige Planungsbüro für die weiteren Schritte zu finden. Die Substanz des Schulhauses will man erhalten, deshalb wird kein Wettbewerb durchgeführt. Der Auftrag ist auch, dass bei der Planung möglichst wenig Freiraum gebraucht wird. Es ist auch noch nicht entschieden, ob man aufstocken oder anbauen will. Das will man mit diesem Planungskredit dann noch weiter abklären. Auch muss bei der Planung die Denkmalpflege beigezogen werden. Die BK hat dem Beschlusstext einstimmig zugestimmt.

Für die BiK war das Eintreten gemäss Christine Kaufmann-Wolf , wie zu erwarten war, unbestritten. Im B+A wird bestätigt, dass eine Gesamtsanierung dringend notwendig ist. Alle Bauten des Schulhauses sind sanierungsbedürftig. Die Heizung und die technischen Anlagen sind sehr veraltet und weisen einen grossen Sanierungsbedarf auf. Die Räume erfüllen weder im bau- noch im schulraumtechnischen Bereich die heutigen Anforderungen. Zudem weiss man, dass gemäss der Schulraumplanung das Schulhaus Brunnmatt mit den fehlenden Schulräumen für die Zukunft ergänzt werden muss. Die BiK ist froh, dass es mit der Sanierung des Schulhauses Brunnmatt nun endlich vorwärts geht. Die Kommission machte sich in der Vergangenheit stets Sorgen, dass es bald zu einem zweiten Fall à la Gabeldingen kommen könnte. Die BiK genehmigt einstimmig den Planungskredit für die Gesamtsanierung des Schulhauses Brunnmatt. Die BiK bittet darum den Planungskredit zu genehmigen und dankt für die Unterstützung.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nimmt laut Davide Piras den Planungskredit der Gesamtsanierung Schulanlage Brunnmatt positiv zur Kenntnis und ist für Eintreten. Es ist nun definitiv Zeit die Sanierung des 1952 gebauten Brunnmattschulhauses voranzutreiben. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist überzeugt, dass die Werterhaltung dieser Schulanlage nicht wegzudenken ist. Die mittlere und langfristige Schulraumplanung hat bereits im Dezember deutlich dargelegt, dass die Krienser Strategie in der Werterhaltung und Vergrösserung von den bestehenden Schulhäusern liegt. Das Schulhaus Brunnmatt wird in Zukunft gemeinsam mit dem Schulhaus Roggern und Kuonimatt noch eine grössere Herausforderung stemmen müssen. Diese Schulhäuser bilden die Schulkreise für das zukünftige Siedlungsgebiet LuzernSüd. Der Zuwachs im Gebiet Brunnmatt lässt sich deutlich in der Planung der Schulräume wieder erkennen. So werden ein zusätzliches Kindergartenzimmer und vier zusätzliche Primarklassenzimmer benötigt. Das sind insgesamt drei Kindergartenklassen und zehn Primarklassen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist erfreut, dass bereits mit dem Bau der modularen Schulraumprovisorien auf der Krauer Wiese begonnen wurde und das Problem mit den provisorischen Schulräumen gelöst werden konnte. Ein geschickter Zug der Gemeinde, womit viel Geld ge-

spart wird. Die CVP/ JCVP/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den sehr übersichtlichen B+A und ist für eine Überweisung und Genehmigung des Planungskredits.

Martin Heiz führt aus, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist und wird dem Kredit aber zähneknirschend zustimmen. Sie hat das Gefühl, dass dies sehr viel Geld ist, was hier gesprochen wird. Jedoch wurden bereits Fr. 185'000.00 vorgängig ausgegeben. Beim Bruttoprinzip muss alles was schon ausgegeben wurde und was für die weiteren Schritte noch ausgegeben wird zusammengerechnet werden. Der Gesamtkredit abzüglich der Fr. 185'000.00 ist theoretisch noch im Rahmen. Man muss aber schon sehen, dass dies erst der erste Teil ist bis der Kredit für die Realisierung gesprochen werden kann. Es werden noch einige Planungskosten hinzukommen. Der Einwohnerrat hat mit der Überweisung der Motion der BiK, dass das Brunnmattschulhaus priorisiert wird, bereits zugestimmt. Man soll nun sein Wort halten und zum Kredit ja sagen.

Beat Tanner führt aus, dass in der FDP-Fraktion völlig unumstritten ist, dass die Planung für die Werterhaltung und den Ausbau der Schulanlage Brunnmatt an die Hand zu nehmen ist. Mit Sicht auf die Entwicklung von LuzernSüd nimmt das Schulhaus Brunnmatt immer einen wichtigeren strategischen Platz ein und kann gut als Puffer dienen. Deshalb macht es auch Sinn dieses Schulhaus auszubauen, damit es für die Zuteilung der Schüler mehrere Optionen gibt. Unnötig findet die FDP-Fraktion, dass ein zusätzlicher Hort geplant wird. Gemäss der Planung wird jedoch kein Hort geplant, bis die Hauswärts-Wohnung frei wird. Bevor ein weiterer Hort installiert wird, möchte die FDP-Fraktion vom Gemeinderat einen Nachweis über den Bedarf erhalten. Die Diskussion muss sowieso geführt werden, sobald der Ausbau im Budget enthalten ist. Unglücklich ist die FDP-Fraktion über das Raumprogramm. Pro Klassenzimmer soll ein Gruppenraum sowie noch zwei zusätzliche Halbklassenzimmer für die IF aufgebaut werden. Diese Bedürfnisse weichen weit von den kantonalen Empfehlungen ab. Der Kanton Luzern empfiehlt für zwei Klassenzimmer einen Gruppenraum. Bei der IF sollen die Lehrer und Lehrerinnen nicht mehr separiert werden, deswegen wird ja auch integriert unterrichtet. Beim integrativen Unterricht arbeiten die IF-Lehrer und Lehrerinnen mit den Klassenlehrpersonen zusammen im Klassenzimmer. Da fragt sich die FDP-Fraktion wofür es so viele Räume braucht. Jeder Raumbedarf respektive Wunsch schlägt sich in den Kosten nieder. Die FDP-Fraktion bittet den Gemeinderat in der Planung genau zu prüfen, ob die grosszügige Lösung die über den kantonalen Vorgaben liegt, wirklich nötig ist. Sollte der Baukredit wegen den zusätzlichen Bedürfnissen, die nicht den kantonalen Standards entsprechen, wesentlich höher sein, ist mit einer Opposition seitens der FDP-Fraktion beim Sanierungskredit zu rechnen. Mehrkosten für Sachen, die über den Empfehlungen liegen, kann sich Kriens im Moment nicht leisten. Die FDP-Fraktion stimmt dem Planungskredit zu und hofft, dass der Gemeinderat eine vernünftige Lösung präsentiert, welche sich die Gemeinde leisten kann und die echten Bedürfnisse der Schule deckt.

Yasikaran Manoharan, SP/JUSO-Fraktion, meint, dass das im 1952 erstellte Schulhaus Brunnmatt nicht mehr auf dem neuesten Stand ist. Die Bausubstanz scheint nicht mehr den bau- und komfortechnischen Standards zu erfüllen, denn die technischen Einrichtungen sind veraltet, die Räume erfüllen nicht die Anforderungen für den aktuellen und zeitgemässen Schulunterricht. Dazu kommt, dass die Gemeinde den prognostizierten Schüleranstieg in den kommenden Jahren auffangen muss. Der SP/JUSO-Fraktion ist es ein grosses Anliegen, dass die Gesamtsanierung im Jahr 2017/18 umgesetzt wird. Deshalb stimmt sie einstimmig dem Planungskredit für die Gesamtsanierung und Werterhaltung der Schulanlage Brunnmatt zu. Für die Umsetzung hat man mit dem Kauf und Erstellung der mobilen Schulhäuser eine optimale Ausgangslage für eine Synergienutzung geschaffen. Zum B+A hat die SP/JUSO-Fraktion dennoch einen Kritikpunkt. Der Umfang des Berichts erscheint ihr etwas mager. An-

scheinend ist in den letzten Jahren in Sachen Planung schon einiges gegangen. Man hätte auflisten können, wann welche Planungsschritte vorgenommen wurden, was die Ergebnisse daraus waren und wie viel Geld bereits ausgegeben wurde. Die SP/JUSO-Fraktion ist aber trotz all dem gespannt auf die Planung der Schulanlage Brunnmatt und dankt dem Gemeinderat für die Erstellung des B+A.

Die Grüne/JG-Fraktion sieht gemäss Fabian Takacs den Sanierungsbedarf im Brunnmatt-Schulhaus. Viel zu lange hat die Politik mit der Sanierung zugewartet. Die jetzige Generation trägt nun die Verantwortung und die finanzielle Last das Schulhaus wieder auf Vordermann zu bringen. Zwei wichtige Punkte möchte die Grüne/JG-Fraktion jedoch schon zum jetzigen Zeitpunkt anbringen. Sie wünscht sich vom Planer-Team und dem Baudepartement, dass sie alles daran setzen, dass verdichtet gebaut wird. Dies soll heissen, dass möglichst flächenschonend die nötigen Schulraum-Erweiterungen durchgeführt werden. Die Gebäude sollen wenn möglich aufgestockt und es soll nicht einfach die einfache Variante des Anbaus gewählt werden. Die Gemeinde hat die Verantwortung schonend mit den Freiräumen umzugehen. Diese Verantwortung muss man auch beim Umbau von Schulhäusern wahrnehmen. Die Grüne/JG-Fraktion vermisst nach wie vor ein Freiraum/Aussenflächen-Konzept vom Bildungsdepartement. Sie will Berechnungen zum Bedarf an Freiraum für Schülerinnen und Schüler sehen und falls Freiraum verschwindet, will sie wissen, wo dieser kompensiert wird. Denn mehr Schüler und Schülerinnen brauchen mehr Aussenraumflächen. Die Grüne/JG-Fraktion hofft im B+A vom Frühjahr 2016 mehr darüber zu erfahren. Sie ist für Eintreten und stimmt dem Planungskredit zu.

Matthias Senn dankt im Namen des Gemeinderates für die positiven Rückmeldungen. Vor einem Jahr wurde darüber gestritten, wie man vorwärts gehen soll. Jetzt ist man auf dem richtigen Weg. Für das Baudepartement stimmt nun auch der Ablauf. Während zwei Jahren wird nun das Kirchbühl saniert und nachher ein Jahr das Brunnmatt. Danach wird voraussichtlich der Innenausbau Meiersmatt realisiert. Trotz allem ist die Gemeinde mit dem zusätzlichen Raumbedarf im Kuonimatt und Roggern gefordert, welche im 2016 bzw. 2018 bereitgestellt werden müssen. Die nächste Herausforderung ist es die richtige Variante zu finden und zu wählen. Die genannten Ziele sind auch die Ziele des Gemeinderates. Schlussendlich ist es ein Abwägen zwischen Kosten und Flächenbedarf. Die Umgebung soll nicht zu stark beansprucht werden. Es gelten aber auch die Kriterien von der Erhaltenswertigkeit des Objekts. Man weiss nun, dass ein Ausbau von einem Dachstock möglich ist. Aber es wird nicht beliebig möglich sein weitere Geschosse aufzustocken. Aus denkmalschützerischen Gründen geht dies nicht. Es ist kein Objekt mit einem hohen Denkmalschutzgrad, aber es wurde als erhaltenswert eingestuft.

Judith Luthiger-Senn dankt für das Wohlwollen. Die Strategie der Erstellung der mobilen Bauten als Zwischenlösung ist gelungen. Die kantonalen Vorgaben, die die FDP monierte, sind keine Vorgaben sondern Richtlinien. Der Gemeinderat hat nicht nach dem Prinzip „nice to have“ geschaut, sondern mit den umliegenden Gemeinden verglichen. Es wurde geschaut, wie diese ihre Schulräume sanieren. In der Stadt Luzern wird für zwei Klassenzimmer ein Gruppenraum erstellt. Die Grundfläche für jede Klasse liegt bei 100 m². Jedes Klassenzimmer hat bereits 80 m². Kriens rechnet auch mit 100 m², aber mit einer kleineren Klassenzimmerfläche. Dazu kommt dann noch die Fläche des Gruppenraums. So kommt man auch auf die gleiche Grundfläche wie die Stadt Luzern. Die umliegenden Gemeinden machen es ähnlich wie Kriens. Man versucht die Gruppenräume möglichst auf den Gängen zu realisieren, damit man nicht zusätzliche Quadratmeter braucht. Selbstverständlich wird das Raumprogramm nochmals kontrolliert, ob wirklich jeder Raum und Halbklassenzimmer notwendig ist. Allenfalls kann eines der IF-Halbklassenzimmer gestrichen werden. Das andere braucht es, damit sich

die Lehrpersonen vorbereiten können. Die Grüne/JG-Fraktion vermisst immer noch ein Aus-enflächenkonzept. Dem Planteam S wurde dieser Zusatzauftrag bereits erteilt. Im Rahmen des B+A der Schulraumplanung werden noch Aussagen zu den Freiflächen folgen.

Peter Portmann stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 5 - Planungskredit

Laut Brahim Aakti wird erwähnt, dass der Planungskredit von Fr. 822'000.00 30 % der Gesamtkosten entspricht. Wenn das so ist, liegen die gesamten Planungsarbeiten bei 2.7 Mio. Franken. Gibt es Richtwerte zwischen den Kosten der Planung und den Kosten des Gesamtbaus?

Matthias Senn erklärt, dass die 30 % Leistungsprozente nach SIA-Honorarordnung sind. Alles von der ersten Planungsstufe bis und mit der Garantieabnahme beträgt 100 %. Die bisherigen Leistungen wie Vorabklärungen, Honorarwettbewerb und Variantenstudien zählen nicht zu den 100 %. Für die Planung eines Gesamtprojekts rechnet man mit Kosten von rund 20 %. Wenn die Bausumme bei 10 Mio. Franken liegt, wären die Planungskosten rund 2 Mio. Franken. Von den Fr. 820'000.00 muss man einen Teil der bisherigen Leistungen abziehen und dann ist man etwa bei Fr. 600'000.00 bis Fr. 700'000.00 Restkosten.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Der Planungskredit für die Gesamtsanierung Schulanlage Brunnmatt im Betrag von Fr. 820'000.00 wird genehmigt.*
2. *Der Beschluss gemäss Ziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.*
3. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 168/15:

Der Beschlussestext wird mit 32:0 Stimmen genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Camenisch, Ráto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Gráf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja

Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

4. Bericht und Antrag: Planungskredit Zukunft Wasserversorgung Kriens Nr. 169/15

Die Baukommission hat sich laut Martin Heiz mit dem B+A etwas schwer getan. Am Schluss war man mehrheitlich für Eintreten. Es wurde auch über die Konsequenzen von allen möglichen Formen von nicht eintreten, der Ablehnung des Beschlusstext und Rückweisung diskutiert. Man war sich lange nicht einig, was nun die richtige Form ist, damit man das Ziel erreicht, was man will. Es gab auch Stimmen, die die Variante 3 nicht wollten, dann hätte man den Beschlusstext ablehnen müssen und die Variante 1 wäre zum Zug gekommen. Einige wollten sich aber noch nicht festlegen. Aber was ist nun der richtige Weg, wenn man sich nicht festlegen will? Denn beim nächsten Schritt, der nur noch einen Planungsbericht beinhaltet, könnte man dann nicht mehr entscheiden welche Variante man will. Einen Planungsbericht kann man nur noch zur Kenntnis nehmen oder auch nicht und allenfalls weitere Bemerkungen anbringen. Das Geld ist dann aber schon ausgegeben, wenn man dann am Schluss die Variante 3 doch nicht will. Vor allem wollte man sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht auf eine Variante festlegen, was man bei einem Ja oder bei einem Nein zum Beschlusstext aber bereits gemacht hätte, bevor nicht noch weitere Abklärungen getroffen worden sind. Gemäss Martin Haas von der Wasserversorgung wäre man eigentlich noch froh, wenn man bei Horw anschliessen könnte, da mit dem rückläufigen Wasserverbrauch die Gefahr besteht, dass im Kuonimattquartier zu wenig Durchfluss in den Leitungen stattfindet. Das Wasser wird zu warm und die Qualität leidet ebenfalls dadurch. Darum stellt die BK den Rückweisungsantrag. Denn man will noch mehr wissen über einen allfälligen Anschluss an Horw oder allenfalls auch an Emmen. Wenn man nicht eintreten will, so bleibt alles beim Alten und Variante 1 wird weitergeführt. Wenn man eintritt, aber zum Beschlusstext doch nein sagt, so ist man gleich weit wie heute und es bleibt wie heute bei der Variante 1. Somit wären dann alle Aufträge und Bemerkungen auch vom Tisch. Wenn man aber eintritt und zum Beschlusstext ja sagt, so wird die Variante 3 vertieft überprüft und weiter verfolgt und das Geld bereits ausgegeben. Denn das Geld aus diesem Kredit wird mehrheitlich für die Studie der Variante 3 benötigt. Das wollte eine Mehrheit der BK nicht. Der Rückweisungsantrag wurde mit 4:2 Stimmen angenommen, wobei festzuhalten ist, dass die 2 Nein-Stimmen die Variante 3 nicht wollten. Somit hat die BK auch keine Abstimmung über den Beschlusstext durchgeführt.

Roger Erni geht davon aus, dass alle den Auftrag der FGK genau gelesen haben. Die Diskussion und die Analyse in der FGK erinnerten ihn stark an die GICT-Debatte. Am vorletzten Mittwoch fand ein sehr intensiver und konstruktiver Diskurs im „heissen“ Gemeinderatssaal statt. Es war super, wie alle involvierten Parteien an diesem B+A zusammengearbeitet haben. Genau so muss es sein. Der Gemeinderat gibt die Thematik des Wassers in einem sehr frü-

hen Stadium in die politische Debatte ein, die Kommissionen diskutieren und der Einwohner- rat entscheidet dann. Bei den Eintretensvoten sah es noch klar aus. Nachdem aber ein Kom- missionsmitglied viele Fragen und noch offenere Antworten gab, folgte eine lange Diskussion. Das Resultat hat man vor sich. Die FGK ist überzeugt, dass Wasser eine Gemeindeaufgabe ist und das ist auch für alle klar. Dass jedoch das Jahr 2015 dasjenige sein soll, in welchem der Gemeinderat beauftragt werden soll die Kooperation mit der ewl zu prüfen, sieht die FGK überhaupt nicht. Der Sprechende zeigt im Rahmen der Detailberatung, wie ihr Auftrag für die nächste Phase auszusehen hat. Mit dem FGK-Auftrag wird ganz klar das weitere Vorgehen verändert. Es ist aus Sicht aller Kommissionsmitglieder wichtig, dass der Gemeinderat konkre- te Aufträge hat und nicht mit einer Rückweisung zurück auf Feld Null geschickt wird. Die grossmehrheitliche Bitte aus der FGK lautet ihrem Auftrag zuzustimmen und die Rückweisung der BK abzulehnen. In der Schlussabstimmung wurde der Planungskredit mit 6:1 Stimmen genehmigt, jedoch unter der Bedingung, dass der FGK-Auftrag angenommen wird.

Gemäss Matthias Senn gab es Rückfragen aufgrund des Zeitungsartikels des Einwohnerrates Horw, welcher letzte Woche das Seewasserwerk behandelt hat. Darin wurde bedauert, dass das Seewasserwerk nicht mit der Gemeinde Kriens erstellt werden kann. Die BK und die FGK wurden darüber informiert, dass eine Zusammenarbeit in Form eines Zusammenschlusses mit Horw und Kriens nicht möglich ist. Nun stellt sich die Frage wer Recht hat. Im Prinzip haben beide Recht, jedoch ist es eine Frage der Optik. Es wird von verschiedenen Objekten und Zeitraum gesprochen. Tatsache ist, dass am 11. Dezember 2002, ein Jahr nach der negativen Volksabstimmung, die Stadt Luzern, Gemeinde Kriens und Gemeinde Horw zusammen einen Letter of Intent unterzeichnet haben. Darin stand der Auftrag Weiterentwicklung der Zusammen- arbeit: *„Die Parteien befürworten eine weitergehende Zusammenarbeit im Bereich der Wasserversorgung. Sie prüfen die Art der Zusammenarbeit und insbesondere die Schaffung einer gemeinsamen Wasserbeschaffung für die Region LuzernSüd. Zu diesem Zweck erfolgt mindestens einmal pro Jahr eine Zusammenkunft der Parteien. Da die Stadt Luzern die Was- serversorgung an die ewl Wasser AG übertragen hat, ist diese Gesellschaft zur Sicherung des Fachwissens und als Vertragspartnerin einzubeziehen.“* Im Jahr 2004 schloss Kriens mit Horw einen Gemeindevertrag ab. Darin ging es um die Option 7'000 m³ Wasser vom neuen See- wasserwerk zu bestellen. Allerdings war es klar eine Mitfinanzierung bzw. eine Bestellung. Es war nie die Meinung, dass man eine gemeinsame Bauherrschaft bildet. Im Mai 2010 forderte der Gemeinderat Horw die Gemeinde Kriens auf eine Antwort zu geben, ob man mitfinanzieren möchte oder nicht. Der Gemeinderat Kriens hat sich diesen Entscheid nicht einfach ge- macht. Im Jahr 2011 verfasste der Gemeinderat Kriens eine Absage zur Mitfinanzierung am Seewasserwerk. Gleichzeitig bat die Gemeinde Kriens um eine Offerte zur Lieferung von Wasser. Der Gemeinderat Horw teilte mit, dass die Planung des Seewasserwerkes alleine in Angriff nimmt und hat zur Kenntnis genommen, dass das Interesse für einen langfristigen Wasserlieferungsvertrag besteht. Sie teilten mit, dass sie zu gegebener Zeit eine Offerte ma- chen werden. Die Offerte ist nun am 31. März 2015 bei der Gemeinde Kriens eingetroffen. Nach 2011 verhandelte man mit der ewl weiter bezüglich des Wasserliefervertrages. Aus die- sen Diskussionen ergab sich die Idee von einem Zusammenschluss. Jedes Jahr fand eine Sitzung zwischen dem Baudepartement Kriens und Horw statt. Im Januar 2014 hat Kriens Horw gefragt, ob eine gemeinsame Wasserversorgung eine Option ist. Zum damaligen Zeit- punkt sah Horw diese Option nicht. Das ist die Begründung weshalb man auf eine Zusam- menarbeit mit der ewl absieht.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat laut René Zosso ziemlich kontrovers über dieses Vorhaben diskutiert. Die Meinungen sind auch heute noch nicht einheitlich. Trinkwasser ist das wichtigs- te Lebensmittel und wird aufgrund der Bedeutung für die Gesundheit der Bevölkerung von den kantonalen Laboratorien auch am strengsten kontrolliert, strenger als jedes andere Lebens- mittel. Wasserversorgungen sind gemäss eidgenössischem Lebensmittelrecht verpflichtet

jederzeit eine einwandfreie Trinkwasserqualität zu garantieren. Wenn man aus dem Ausland zurück in die Schweiz kommt, ist es immer ein schönes Erlebnis Wasser bedenkenlos ab der Röhre trinken zu können. Ein Luxus den sich sehr viele Menschen auf der Erde gar nicht vorstellen können. Wasser ist aber deshalb auch ein emotionales Thema. Das konnte man 2001 bei der Abstimmung über die Zusammenarbeit mit Horw für ein gemeinsames Seewasserpumpwerk ja miterleben. Ein Flugblatt sorgte für eine unerwartete Wende bei der Volkabstimmung. Wenn man dieses Vorhaben also nur emotional angeht und die Eigenständigkeit von Kriens hochhalten will, dann bleibt nur Variante 1 und man kann sich die Fr. 220'000.00 sparen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist jedoch grossmehrheitlich der Meinung, dass man es wissen will bzw. sollte. Es macht auf jeden Fall Sinn, die verschiedenen Optionen genau anzuschauen bevor man sich wieder für lange Zeit festlegt. Was sind die Vor- und Nachteile und bei welcher Variante wird das Wasser wie teuer sein etc. Dabei unterstützt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion den Auftrag der FGK und ergänzt ihn noch mit ihrem eigenen Anliegen, nämlich der Prüfung einer neu zu gründenden juristischen Person, in welcher alle beteiligten Gemeinden und die ewl AG gleichberechtigte Partner sind. Es ist ja nicht so, dass Kriens hier ihr Tafelsilber verscherbeln soll, sondern eher, dass man eine gute Mitgift für eine Partnerschaft hat. Und macht man sich nichts vor. Schon heute bezieht Kriens über die Hälfte des Wassers von der ewl. Bei der Fusionsdiskussion wollte man die Eigenständigkeit bewahren, aber die Zusammenarbeit verstärken. Hier ist nun ein Ansatz dieser Zusammenarbeit zu prüfen. Es ist dem Gemeinderat zu Gute zu halten, dass er diesmal frühzeitig kommt und nicht erst, wenn Sachzwänge zur Eile nötigen. Und es sind in der Tat viele Fragen offen:

- Wie steht es um die Qualität des Wassers?
- Wie ist die Wasserpreisentwicklung bei jeder dieser Varianten?
- Wie ist der Sanierungsstand der Anlagen der übrigen Partner im Vergleich mit den Krienser Anlagen? Die Gemeinde Kriens hat in den vergangenen Jahren sehr viel in die Erneuerung des Leitungsnetzes investiert und es ist mittlerweile in einem guten Zustand. Ist das bei allfälligen Partnergemeinden auch der Fall? Oder muss Kriens bei einem zusammengehörenden Sanierungen dieser Netze mitfinanzieren?
- Was geschieht mit den Krienser Angestellten, wenn andere die Betreuung übernehmen?

Es sind noch viele Fragezeichen und die meisten möchten gerne wissen, welches die beste Variante wäre. Auch die Zusammenarbeit mit Horw, wo ja die Erneuerung des Wasserwerkes am vergangenen Donnerstag vom Einwohnerrat gutgeheissen worden ist, ist zu prüfen. Was in anderen Zentren schon lange funktioniert, sollte doch auch hier möglich sein. Deshalb nimmt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion den B+A zur Kenntnis und wird ihn grossmehrheitlich genehmigen.

Die SVP-Fraktion hat sich gemäss Martin Heiz mit dem Planungskredit schwer getan. Sie war der Meinung, dass der Gemeinderat heute eine Entscheidung des Einwohnerrates hören will, in welche Richtung das Parlament gehen möchte. Wenn man all diese Aufträge zusammen trägt, dann ist der nächste Schritt bis zum Planungsbericht sehr schwierig. Man weiss gar nicht, was der Gemeinderat bis zum nächsten Schritt macht. Der nächste Schritt ist nur ein Planungsbericht und kein B+A. Der B+A ist dann die übernächste Stufe, welcher auch dem obligatorischen Referendum unterliegt, da die Gemeindeordnung geändert werden muss. Ein Planungsbericht kann man nur zur Kenntnis nehmen oder auch nicht und weitere Bemerkungen und Aufträge einreichen. Die Vorprüfung der Varianten muss vorher erfolgen. Da fragt sich die SVP-Fraktion was zielführender ist. Ist es nicht zielführender, wenn jetzt ein Rückweisansuchen gestellt wird. Dann geht der Gemeinderat nicht auf null zurück, sondern so sagt man dem Gemeinderat, dass er einen Planungsbericht vorlegen muss, worin all diese Varianten aufgezeigt sind. Erst dann kann sich der Einwohnerrat mit einem Beschlusstext entscheiden, in welche Richtung man gehen möchte. Was will man, wenn heute der Beschlusstext genehmigt wird? Dann sind etwa zehn Varianten zu prüfen. Aber für die Prüfung aller

Varianten verbraucht der Gemeinderat auch den Kredit von Fr. 220'000.00. So wie die SVP-Fraktion verstanden hat, braucht der Gemeinderat den Kredit von Fr. 220'000.00 effektiv für vertiefte Abklärungen der Variante 3. Da stellt sich die Frage, wie die Verträge aussehen und was bringt die Gemeinde Kriens hinein? Kriens hat ein Netz, das tiptopp in Ordnung ist und ist damit fast besser dran als die ewl. Nachher ist Kriens eventuell ein Minderheitspartner. Nur für diese Fragen zu klären wird dieser Kredit gebraucht. Abklärungen und Gespräche mit Horw kostet nichts. Für die Abklärung der Variante 3 braucht es Fachleute oder fremde Personen. Darum hat die SVP-Fraktion das Gefühl, dass die Rückweisung das Richtige ist. Kriens hat Zeit, denn die Verträge laufen noch bis 2022. Nachher ist die Gefahr, dass der Beschlusstext abgelehnt wird. Die SVP-Fraktion möchte die Variante 3 nicht. Sie hat das Gefühl, dass Wasser ein sehr emotionales Anliegen ist. Der Zusammenschluss mit Horw wurde ja bereits schon an der Urne abgelehnt. Später wurde es in der Gemeindeordnung diskutiert. Es war auch ein Beschluss des Einwohnerrats, dass die Wasserversorgung in der Gemeindeordnung drin sein muss. Der Artikel wurde ergänzt und das Volk sagte ja. Darum muss man aufpassen, dass man vor dem Volk nicht wieder Schiffbruch erleidet. Der Sprechende ist erstaunt über die Aussagen von Matthias Senn bezüglich den Abklärungen mit Horw. Dies wurde der BK so nicht kundgetan. Die SVP-Fraktion hat seine Verbindungen spielen lassen und hat den Ablauf zwischen Horw und Kriens bereits erhalten. Man sah, dass immer etwas lief, aber man wollte einfach nicht. Einzig hat Horw Kriens das Angebot gemacht 2'000 m³/Tag Wasser zu beziehen. Darauf hat Kriens nicht reagiert. Dazu hätte man noch ein Wort im B+A erwähnen sollen. Die SVP-Fraktion bleibt beim Rückweisungsantrag. Wenn der nicht durchkommt, lehnt sie den Beschlusstext ab.

Mit grossem Interesse hat die FDP-Fraktion gemäss Thomas Lammer den Bericht des Gemeinderates gelesen und diesen kontrovers und intensiv besprochen. Dabei möchte sie dem Gemeinderat für die Beleuchtung der verschiedenen Varianten im vorliegenden B+A danken. Wasser ist ein wichtiges Gut. Wasser wird ein immer wichtigeres Gut. Auch wenn man heute manchmal das Gefühl hat, es sei im Überfluss vorhanden. Das ist aber der momentane Eindruck. Kriens kann heute seinen Wasserbedarf aus eigenen Quellrechten zu rund 40 % decken. 60 % des Bedarfs müssen zugekauft werden. Nach Abwägen der verschiedenen Vor- und Nachteile ist die FDP-Fraktion zum Schluss gekommen, das Projekt der Beteiligung an der ewl Wasser AG nicht weiter zu verfolgen. Das Wasser ist ein öffentliches Gut. Die Wasserversorgung ist ein Auftrag der Grundversorgung der Gemeinde. In der künftigen AG ist Kriens als Minderheitsaktionär in einer schwachen Position. Da ein Verkauf der ewl nicht ausgeschlossen werden kann, ist das Risiko vorhanden, dass in Zukunft die Mehrheit bei einer anderen Institution, wie z.B. bei einem grossen Konzern liegt und Kriens den Wasserpreis diktiert. Wenn man Mineralwasser mit Trinkwasser aus der Leitung vergleicht, stellt man fest, dass es bis zu 1000 Mal teurer ist. Aus diesem Grund will die FDP-Fraktion die Wasserversorgung bei der Gemeinde behalten und lehnt den Kredit ab. Sie wird auch den Rückweisungsantrag der BK nicht unterstützen. Die Argumente für eine Rückweisung sind ihr zu vage. Man hat zwar bis zum Auslaufen der heutigen Verträge mit der ewl noch genügend Zeit. Die FDP-Fraktion erwartet aber keine neuen Varianten, welche sich als wirklich sinnvolle Lösungen herausstellen sollten. Bei den Aufträgen der FGK hat es einzelne Punkte, womit sich die FDP-Fraktion sympathisieren kann, dass vielleicht auch ein Teil des Wassers in Horw gekauft wird. Man muss aber realistisch sein, denn Horw kann den Bedarf von Kriens nicht alleine decken. Kriens braucht deshalb auch Wasser von Luzern. Trotzdem findet die FDP-Fraktion, dass der Kredit, welcher möglicherweise heute gesprochen wird, für die Prüfung der Variante 3 angedacht ist und nicht für etwas anderes. Wenn im FGK-Antrag so salopp steht, dass die Fr. 220'000.00 reichen, findet sie das etwas unvorsichtig mit den Finanzen umgegangen. Dieser Betrag ist geschätzt und kann davon abweichen. Auch der zuletzt eingetroffene Auftrag der CVP, den sie aufgrund des sehr späten Eintreffens nicht umfassend in der Fraktion besprechen konnte, lehnt die FDP-Fraktion ab. Es ist kaum realistisch, dass Kriens mit dem was man in eine AG einbringen kann die gleichen Stimmrechte erhält. Dies funktioniert nur, wenn

ein finanzieller oder materieller Ausgleich seitens von Kriens erfolgt. Das ist nicht in Sinne der FDP-Fraktion.

Mario Urfer, SP/JUSO-Fraktion, führt aus, dass der Gemeinderat in seiner Aufgaben- und Finanzplanung Kooperationsmodelle zu prüfen, zu entwickeln und wo sinnvoll zu realisieren hat. Dies betrifft unter anderem die Wasserinfrastruktur. Dass der Gemeinderat das Thema an einer Klausurtagung vertiefte, mehrere Varianten prüfte und nun mit dem B+A das Projekt Pilatus mit den drei Varianten als Auslegeordnung vorlegt, würdigt eigentlich die SP/JUSO-Fraktion. Aber es ist halt wieder so ein Knochen der dem Einwohnerrat hingeworfen wird, aber mit sehr wenig Fleisch dran, wobei die Variante 3 eher zum Zähne ausbeissen ist. Die vom Gemeinderat favorisierte Variante 3, Beteiligung der Gemeinde an der ewl Wasser AG, kostet für die Planung Fr. 220.000.00 und den Verlust der bürgernahen Gemeindeautonomie. Reflexartig hatte die Fraktion das Gefühl das geht gar nicht. Trotzdem diskutierte die SP/JUSO-Fraktion diese Variante. Sie als Befürworterin für eine starke Stadtregion, will mehrheitlich aufgezeigt haben, was es heisst Miteigentümer aller Quellenrechte und Infrastruktur der ewl Wasser AG zu sein. Kann Kriens von den Ressourcen und Synergien profitieren? Sind die Kosten für eine Minderheitsbeteiligung an der Pilatus Wasser AG mit eventuellem Verlust an Bürgernähe gerechtfertigt oder zu hoch? Kriens betreibt eine kostenintensive Wasser-Infrastruktur auf dem neusten Stand. Die Gemeinde ist aber als Kunde abhängig vom Lieferanten ewl, der nach heutigem Stand 60 % des Wasserbedarfs liefert. Der Bedarf dürfte sich mit den Bautätigkeiten von LuzernSüd eher erhöhen. Mit den in der FGK formulierten Aufträgen an den Gemeinderat erhält der Knochen wieder Fleisch. Wasser ist ein sensibles und emotionales Thema. Deshalb ist die SP/JUSO-Fraktion für Eintreten des B+A, weil alle Varianten diskutiert werden müssen und man sich dieser nicht verschliessen darf. Wenn auch noch kein zeitlicher Sachzwang besteht, soll der Gemeinderat mit dem Einwohnerrat eine Strategie aufgleisen, die für die Gemeinde die beste langfristige Versorgungssicherheit bietet. Für die SP/JUSO-Fraktion ist wichtig, dass die Wasserversorgung immer im Besitz von öffentlichen Körperschaften bleibt. Den Antrag der BK lehnt sie ab. Die Personen, die den Planungskredit nur aus finanzpolitischer Sicht ablehnen, denken aus ihrer Sicht zu kurz. Mehrheitlich will die SP/JUSO-Fraktion einen Planungsbericht für die Entscheidungsfindung und genehmigt den Planungskredit.

Die Grüne/JG-Fraktion ist laut Fabian Takacs erfreut, dass sich die Krienser Politik mit den Fragen rund um die Wasserversorgung der Gemeinde eingehend beschäftigen möchte. Die Ressource „sauberes Wasser“ ist trotz des vielen Regens nicht einfach geschenkt. Es bedarf eine genaue und auf langfristige Ziele ausgelegte Herangehensweise an die Frage, wie man die Krienser Einwohnerinnen und Einwohner mit trinkbarem und reichhaltigem Wasser versorgen kann. Genau aus diesem Grund gibt der jetzt vorliegende B+A Planungskredit vom Gemeinderat zu wenig her. Zwar ist die Darstellung einer möglichen Privatisierung der Krienser Wasserversorgung ausführlich dargelegt, jedoch sind mögliche andere Varianten nicht aufgezeigt. In den Augen der Grüne/JG-Fraktion müssten noch weitere Alternativen enthalten sein, damit die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte einen für die Bevölkerung würdigenden Grundsatzentscheid fällen können. Es ist auf ihrer Seite noch Verwirrung bezüglich des korrekten, parlamentarischen Vorgehens bestanden, wenn man vom Gemeinderat noch mehr Alternativen sehen will. Jetzt aufgeklärt ist klar, dass bei einem B+A Planungskredit die Möglichkeit besteht, einen Antrag für einen Auftrag zu formulieren. Die Grüne/JG-Fraktion kann vor diesem Hintergrund die Argumente der FGK unterstützen, da diese effizienter und praktikabler für den Gemeinderat sind, als der von ihr zuerst favorisierte Antrag der BK auf eine Rückweisung. Die blosse Auswahl zwischen dem Status Quo und einer kompletten Abkoppelung der Mitsprache in Form einer Aktiengesellschaft mit Minderheitsanteil in Variante 3 erachtet die Grüne/JG-Fraktion als zu wässrig. Sie möchte, dass der Gemeinderat, wie im Antrag der FGK formuliert, folgende Varianten auch noch aufzeigt und prüft:

- Wassereinkauf bei den Gemeinden Horw, Emmen und respektive ewl (mit den jeweiligen Variationen)
- Kooperation mit Emmen, respektive Horw und ewl

Die Gemeinde muss so agieren, wie das ein cleverer Unternehmer machen würde. Man muss die Abhängigkeit von nur einem Lieferanten reduzieren, umso langfristig die Betriebssicherheit zu gewährleisten. Eine Risiko-Diversifikation über mehrere Wasseranbieter erscheint als angebracht, gerade vor dem Hintergrund der System-Redundanz. Die Grüne/JG-Fraktion möchte alle Alternativen auf dem Tisch sehen und dann entscheidet sie sich definitiv für eine Variante. Der Sprechende kann aber jetzt schon sagen, dass sie gegen die Privatisierung und gegen die damit einhergehende Beteiligung mit der Wasserinfrastruktur in der ewl Wasser AG gemäss Variante 3 ist. Der Gemeinderat kann eine mögliche Privatisierung in seinem B+A zwar schon mit schönen Wörtern ausschmücken, dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass eine Privatisierung der Wasserinfrastruktur einige Gefahren mit sich bringt. Es liegt auf der Hand, dass Kriens als Minderheitsaktionärin den Kürzeren ziehen wird. Dass der Gemeinde wegen einer Privatisierung irgendwann einmal das Wasser zum Halse steht, möchte die Grüne/JG-Fraktion nicht. Das Krienser Stimmvolk hat sich für die Eigenständigkeit und gegen eine Fusion entschieden. Diesem Entschluss will man treu bleiben und nicht die, in den letzten Jahren teuer in Stand gesetzte Wasserinfrastruktur verscherbeln. Die Grüne/JG-Fraktion tritt auf das Geschäft ein und unterstützt den Antrag der FGK. Sie möchte jedoch gerne noch von der CVP hören, was der Sinn ihres Antrages genau ist.

Gemäss Alfons Graf ist Wasser Leben und ohne Wasser gibt es kein Leben. Glücklich darf sich schätzen wer eigenes Wasser hat, wie die Gemeinde Kriens. Das ist ein kostbares Gut zudem Kriens jahrzehntelang Sorge getragen und viel Geld investiert hat. Kriens hat eine gesunde Wasserversorgung und gute Fachleute die diese Anlagen bestens unterhalten. In den letzten beiden Jahren wurden alleine 6 Mio. Franken in die Wasserversorgung hineingebuttert. In der Spezialfinanzierung sind über 22 Mio. Franken enthalten. Und jetzt kommt der Gemeinderat auf die Idee man könne die gesamte Wasserversorgung zusammen mit der ewl in eine AG umwandeln, nur weil der Wasserliefervertrag im Jahre 2022 abläuft. Die ganze Planung soll noch Fr. 220.000.00 kosten. Das ist ein Witz und völlig ein Quatsch und kommt einem Teilverkauf der Gemeinde gleich. Strategische und operative Entscheide gingen der Gemeinde verloren. Die Mehrheit der Aktien würde die ewl haben. Lokales Gewerbe würde Aufträge verlieren. Es ist dem Sprechenden klar, dass Kriens den eigenen Wasserverbrauch nicht selber decken kann und deshalb aus den Nachbargemeinden Wasser beziehen muss. Dieser Weg muss konsequent eingeschlagen werden. Die Gemeinde Horw ist sehr interessiert mit Kriens auf den gemeinsamen Weg der Wasserversorgung zu gehen. Das versicherte die zuständige Gemeinderätin Alfons Graf persönlich. Die Horwer Gemeinderätin ärgert sich, wenn der Gemeinderat Kriens behauptet, dass Horw kein Interesse hat. Kriens ist eine eigenständige Gemeinde. Man soll auch ja zu der eigenen Wasserversorgung sagen und lässt sich nicht von einer ewl Pilatus Wasser AG bevormunden. Wenn man dem B+A zustimmt, gibt man die Wasserversorgung komplett in fremde Hände. Sollte der B+A nicht zurückgewiesen werden, verlangt die SVP-Fraktion eine Variante 4, worin die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden geprüft wird.

Martin Heiz weist darauf hin, dass die FDP, die SVP und die Grünen die Variante 3 nicht möchten. Jedoch wird genau dafür ein Kredit von Fr. 220'000.00 gesprochen. Für die anderen Varianten braucht der Gemeinderat kein Geld, denn er kann mit den Gemeinden sprechen. Der Sprechende fragt sich, was der Gemeinderat mit den vorliegenden Varianten überhaupt macht. Was steht nachher im Planungsbericht? Kann der Einwohnerrat dann sagen, welche Variante er möchte und wird auch über jede einzelne Variante abgestimmt? Das kann es nicht

sein. Der Gemeinderat muss ja dann irgendwie auf ein Ziel hin arbeiten. Der Sprechende glaubt nicht, dass der Gemeinderat alle Varianten bis ins letzte Detail aufführen wird. Wo und wann kann der Einwohnerrat sagen, was er genau möchte? Der Einwohnerrat muss den Entscheid treffen, jedoch geht dies ja nicht im Planungsbericht.

Gemäss Erich Tschümperlin hat sich die FGK auch die Frage gestellt, wie man vorgeht. Damit der Einwohnerrat überhaupt entscheiden kann, müssen die Vor- und Nachteile von Wassereinkauf und Kooperation vorliegen. Aus diesem Grund hat die FGK gesagt, dass man im Planungsbericht verschiedene Varianten hat. Bei den Heimen hatte man auch verschiedene Varianten aufgelistet. Der Gemeinderat holte vom Einwohnerrat die Meinung ab in welche Richtung es gehen soll. Das der Gemeinderat einen Favorit hat, ist in Ordnung. Wenn niemand den Favorit möchte, weiss der Gemeinderat woran er ist. Selbstverständlich könnte man den B+A zurückweisen und einen Vorschlag über die Forderung der FGK verlangen was es für die Abklärung braucht und kostet. Der Sprechende hört eine grosse Angst und Skepsis heraus, dass der Gemeinderat die Fr. 220'000.00 nimmt und einfach etwas damit macht. Die FGK hatte den Eindruck mit dem Abändern des Auftrages respektive mit der Ergänzung wird die Variante 3 in dieser vertieften Form nicht ausgeführt. Die FGK möchte als nächsten Schritt die verschiedenen Varianten auf dem Tisch. Dann kann der Einwohnerrat darüber diskutieren was gewünscht wird. Der Kredit muss nach Ansicht der FGK nicht ganz ausgeschöpft werden. Sie hatten das Gefühl, dass es eine Ehrenrunde ist, wenn der B+A zurückgewiesen wird. Danach wird wieder ein Planungsbericht vorgelegt, worin steht, dass die Varianten abgeklärt werden. Dies dauert wieder ein halbes bis ein Jahr. Es ist effizienter, wenn der vorliegende B+A abgeändert wird. Guido Solari hat bestätigt, dass dies möglich ist. Nun ist jedoch das Problem, dass die Summe des Kredits zu hoch ist. Es stellt sich die Frage, ob der Kredit abgeändert werden kann. Dieses Vorgehen macht durchaus Sinn. Entscheiden kann man, sobald der Planungsbericht vorliegt. Die FGK möchte noch weitere Varianten anschauen. Thomas Lammer erwartet keine neuen Lösungen. Das ist für die FGK etwas zu früh. Man hörte auch vom Gemeinderat, dass Emmen auf zu viel Wasser sitzt und froh ist, wenn das Wasser weg kommt. Am Anfang dachte Erich Tschümperlin dies sei sehr illusorisch. Die Kanäle zur Verlegung der Leitungen bestehen bereits. Horw allein kann nicht genügend Wasser liefern. Erich Tschümperlin hat das Gefühl, dass Kriens in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Horw verschlafen hat. Es lag eine Offerte von 7'400 m³ Wasser vor. Am letzten Donnerstag hat Horw beschlossen kleinere Motoren für die Turbinen einzubauen, weil sie zu viel Wasser haben. Jetzt bietet Horw 2'000 m³ Wasser an. Kriens hat immer noch nicht zugestimmt. Das ist sehr schade. Es ist besser, wenn von mindestens zwei Anbietern Wasser bezogen wird. Beim Bypass hatte man die Diskussion von Systemredundanz der Röhren, dass wenn etwas passiert, man noch etwas anderes hat. Hier gibt es auch eine Systemredundanz. Zudem ist man auch auf der Verhandlungsseite etwas besser. Der Sprechende findet es schade, dass Kriens es verpasst hat mit Horw einen Teil der Probleme zu lösen. Kriens hat anlässlich der Abstimmung viele Vorinvestitionen von ein paar hunderttausend Franken geleistet. Diese sind nun ein wenig obsolet. Die FGK möchte die Variante Wassereinkauf mit Horw, Emmen und ewl abklären lassen. Wenn die Grundlage vorliegt, kann der Einwohnerrat entscheiden. Erich Tschümperlin hofft nicht, dass der Gemeinderat Fr. 200'000.00 einfach braucht, sondern den Auftrag so ausführt wie es gewünscht wird und abrechnet wie viel Geld gebraucht wurde.

Räto Camenisch glaubt, dass man sich schon auf das Hauptproblem konzentrieren muss. Martin Heiz hat es bereits angesprochen. Will man die eigene Wasserversorgung behalten oder nicht? Das ist die Grundfrage. Danach teilt es sich in Detailfragen auf. Die Grundfrage kann man nur mit der Ablehnung des Kredits beantworten. Irgendwelche Aufträge dem Gemeinderat zu erteilen findet er obsolet. Die Gemeinde hat den Auftrag die Wasserversorgung von Kriens in allen Teilen sicher zu stellen. Was bleibt nun übrig? Es gibt Gemeinden rund um Kriens, die genug respektive zu viel Wasser haben. Also soll das Wasser von denen abge-

kauft werden. Es müssen Verhandlungen geführt werden, die nichts kosten. Die Gemeinderatsmitglieder erhalten Lohn. Der Gemeinderat muss schauen, was das Wasser kostet und wo langfristige Verträge gemacht werden können. Dass Horw nun kleinere Maschinen installiert, findet der Sprechende wahnsinnig schade. Eine weitere Idee wäre, wenn sich Kriens an Horw beteiligen könnte. Im Wassertopf liegen 22 Mio. Franken. Eine Beteiligung ist nicht das Gleiche, wie wenn Kriens sich an die ewl verkauft. Luzern hat ein marodes Netz und Kriens ein Gutes. Nachher subventioniert Kriens das Luzerner Netz. Das ist eine ganz schlechte Variante. Der Kredit soll abgelehnt werden. Der Gemeinderat hat weiterhin den Auftrag für das Krienser Wasser zu sorgen. Die Gemeinde hat Zeit und ist nicht in Handlungsnot. Es besteht die Möglichkeit mit Horw, Luzern und allenfalls mit Emmen zu verhandeln. Der Gemeinderat schreibt selber im Bericht, dass es gut ist, wenn das Netz von verschiedenen Seiten durchflossen wird. Was wird hier noch lange diskutiert, welche Aufträge dem Gemeinderat übergeben werden sollen? Der Gemeinderat hat den Auftrag bis ins Jahr 2022 zu sorgen, dass Kriens weiterhin Wasser hat.

René Zosso erwähnt, dass der Auftrag der CVP/JCVP/GLP-Fraktion in der Tat etwas spät gekommen ist. Sie hat auf den Auftrag der FGK gewartet, um zu sehen was dort genau drin steht. Dort sind für die CVP/JCVP/GLP-Fraktion noch Unklarheiten drin. Es stellt sich die Frage, was Kooperation genau heisst, da dies ein weiter Begriff ist. Sie wollte es etwas konkreter haben. Deshalb möchte sie, dass bei einer Firmengründung alle Beteiligten gleichberechtigt sind. Thomas Lammer hat zwar angezweifelt, dass dies möglich sein kann. Genau dies ist Gegenstand der Abklärung. Es gibt viele Agglomerationen in der Schweiz, wo dieses Modell offenbar tiptopp funktioniert. Diese haben ihre Gründe, weshalb es diese Gemeinde so gemacht haben. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion möchte wissen, was dabei herauskommt.

Rolf Schmid hat das erste Mal Mitleid mit dem Gemeinderat. Der Weg des Gemeinderates geht dahin, dass er den Einwohnerrat frühzeitig in diesen Prozess miteinbeziehen will. Das ist löblich, aber nun wird er geohrfeigt. Was den Sprechenden merkwürdig erscheint, ist der Weg mit Horw. Wo nun die Schuld liegt, steht hier nicht zur Debatte. Es wirkt einfach komisch, weil der ganze Prozess im B+A kurz hätte aufgezeigt werden können. Dann hätte man gewisse Klarheiten zu Entscheidungsfindungen gehabt. Das hätte mehr Transparenz gegeben und vielleicht eine andere Diskussion ergeben. Es ist ein offener Planungskredit. Der Gemeinderat hat den Kredit extra höher angesetzt, damit der Einwohnerrat darüber diskutieren und allenfalls weitere Aufträge geben kann. Der Raum ist da für weitere Aufträge. Die will man auch analog des Planungskredits Verselbständigung Heime Kriens. Dort wurden klare Aufträge erteilt. Darum unterstützt er das bisherige Vorgehen des Gemeinderates. Es würde guttun nicht einfach den B+A zurückzuweisen, sondern konstruktiv mitzudenken.

Erich Tschümperlin geht mit Räto Camenisch grossenteils einig. Er hat jedoch das Gefühl, dass ein Punkt nicht so läuft, wie er gesagt hat. Wenn der B+A nun zurückgewiesen wird, muss der Gemeinderat sowieso schauen, dass es läuft. Räto Camenisch hat dann gleich darauf gesagt, dass ein höherer Beitrag an die leistungsfähigen Turbinen gegeben werden soll. Dann erhält Kriens Wasser. Es kann auch bei Emmen Wasser bezogen werden. Dort müsste man aber Leitungen legen. Bei solchen Varianten möchte der Einwohnerrat wohl doch mitreden können. Es soll dargelegt werden, was die Verlegung von Leitungen bedeutet und welche Investitionen getätigt werden müssen. So kann der Wasserbedarf mit 50 % von Emmen und 10 % von Horw gedeckt werden. Erich Tschümperlin findet es sehr gut, dass der Einwohnerrat darüber diskutieren kann. Es kann nicht erst im Jahr 2020 eine Leitung nach Emmen gelegt werden. Deshalb sollen nun bereits Grundlagen vorgelegt werden, wie man vorgehen möchte. Der Einwohnerrat soll mitbestimmen, wo die Wasserversorgung hingehet. In einem Punkt gibt er Recht, dass die FGK auch die Kooperation im Auftrag drin hat. Heute gibt es keine einzige

Partei, die eine Kooperation möchte. Diese beiden Aufträge könnte man ersatzlos streichen. Es geht nur noch um den Wassereinkauf oder allenfalls eine Investition bei Horw oder Emmen.

Brahim Aakti hat mit dem Gemeinderat kein Mitleid. Er geht aber weitgehend einig mit Rätö Camenisch. Der Kredit von Fr. 220'000.00 ist zu viel. Der Gemeinderat hat die Finanzkompetenz zu einem gewissen Betrag Kredite selber zu sprechen. Das Thema wurde nun vorzeitig vorgelegt und es wurde heute darüber diskutiert. Wenn der Gemeinderat aufmerksam zugehört hat, weiss er nun was die Meinung des Einwohnerrates ist. Das kann der Gemeinderat in seinem Rahmen bis Fr. 200'000.00 in Eigenregie machen. Der Kredit soll auf diesen Betrag gekürzt werden. Der Gemeinderat soll dann einen Planungsbericht mit den Varianten vorlegen, wo dann Aufträge gemacht werden können. Deshalb kann der vorliegende B+A zurückgewiesen werden.

Laut Matthias Senn muss man kein Mitleid mit dem Gemeinderat haben. Genau das, was jetzt passiert ist, wollte der Gemeinderat. Es wurde extra ein provokativer Vorschlag zur Diskussion vorgelegt. Der Einwohnerrat hat nun strategisch und kontrovers diskutiert. Für den Gemeinderat ist es wichtig, dass ein klarer Auftrag vorgelegt wird, wie es weiter gehen soll. Entweder gibt es ein Ja zur Weiterverfolgung der Variante 3 oder ein Nein. Der Gemeinderat ist auch einverstanden mit dem Auftrag der FGK, dass wenn der Planungsbericht vorgelegt wird, diese Optionen auch aufgezeigt werden. Wasser ist nicht mit der Informatik vergleichbar. Für die Informatik hat man nun einen Gemeindeverband zusammen mit Emmen. Die Dienstleistungen hätte man auch in China oder sonst wo bestellen können. Das Wasser ist auf geografische Begebenheiten beschränkt. Wenn ein Vorschlag mit Wassereinkauf oder Zusammenschluss mit der ewl gemacht wird, hat dies einen Zusammenhang mit dem, was in den letzten 15 Jahren passiert ist und auch auf der Hand liegt. Der Prozess zwischen Horw und Kriens hat er ja bereits schon erläutert. Im B+A auf Seite 17 steht, dass Horw eine Offerte gemacht hat. Diese wurde erst nach vier Jahren eingereicht. Es gab ein ewiges Hin und Her. Es geht hier nicht darum wer Schuld hat, aber die Offerte ist erst am 31. März 2015 eingetroffen. Der B+A wurde bereits vorher verfasst. Deshalb kann er nun noch keine Antwort dazu geben. Horw bietet zwei verschiedene Sachen an. Einerseits kann Kriens 2'000 m³ Wasser sofort beziehen oder 4'000 m³ über das neue Seewasserwerk. Dies ist ein Wassereinkauf. Der Gemeinderat hat sich im 2011 entschieden nicht mitzufinanzieren. Bei der Abstimmung hätte das Stimmvolk 13 Mio. Franken bewilligen müssen. Man hatte Angst, dass man eine Summe erreicht, worüber eine Volksabstimmung gemacht werden muss. Dies würde die gleiche Diskussion ergeben wie im Jahr 2001. Andererseits lag im Jahr 2011 der Finanzplan vor, worin riesige Investitionen enthalten waren. Da sagte man wieso man 10-13 Mio. Franken investieren soll, wenn zuerst andere Projekte realisiert werden müssen. Man muss auch sehen, dass die Leitungen mit der ewl bereits zusammengeschlossen sind. Die Pumpwerke und die Leitungen sind da. Mit Horw hat man Investitionen getätigt. Heute könnte man noch nicht zusammenschliessen. Man müsste nochmals max. Fr. 900'000.00 ins Stufenpumpwerk Dattenmatt investieren. Das ist eine echte Option auch unabhängig mit welcher Variante man weiterfährt. Es wäre gut, wenn zur Durchspülung der Leitung auch von dort Wasser kommt. Der Gemeinderat wird darüber in der nächsten Zeit entscheiden und wird dann Horw eine definitive Antwort geben. Der Gemeinderat wollte die heutige Debatte abwarten. Emmen war bis jetzt noch nicht in einer engeren Auswahl. Der Grund dafür liegt darin, dass man mit Luzern bereits ein bestehendes Netz hat und mit Horw auch. Zu Emmen besteht doch eine gewisse Distanz. Da müsste man eine Leitung legen und Rechte der Grundeigentümer einholen. Dies hat den Gemeinderat bis jetzt gescheut. Es sollen nicht einige Millionen investiert werden, wenn die Infrastruktur bereits vorliegt. Martin Heiz stellte die Frage wann entschieden wird welcher Weg gegangen wird. Wenn der B+A nun überwiesen wird, ist der nächste Schritt der Planungsbericht. Der Planungsbericht ist dazu da die Strategie aufzuzeigen. Der Gemeinderat wird im Planungsbericht

einen Vorschlag unterbreiten, was er möchte. Der Einwohnerrat hat dann die Möglichkeit mit Bemerkungen oder Aufträgen dies in die richtige Bahn zu leiten. Es muss dann geklärt werden, wie weit man mit dem Zusammenschluss mit der ewl geht. Gewisse Fragen müssen dann noch geklärt werden. In der Region hat man genügend Wasser. Nun ist die Frage, wie es nach Kriens kommt.

Erich Tschümperlin möchte noch wissen, wie viel Geld der Gemeinderat für die Abklärungen braucht. Es besteht die Befürchtung, dass zu viel Geld gesprochen wird. Er stellte auch fest, dass eine Kooperation oder ein Zusammenschluss von niemandem gewünscht wird. Dies wäre der Auftrag mit der kleinsten Priorität. Muss man dort überhaupt noch viel Geld ausgeben?

Matthias Senn findet dies eine interessante Bemerkung. Bis jetzt liegt kein Auftrag vor, dass die Variante 3 nicht weiterverfolgt werden soll. Wenn der B+A mit dem Auftrag der FGK überwiesen wird, dann ist die Variante 3 nach wie vor ein Thema und wird weiterverfolgt. Es ist die Frage, inwieweit diese Variante weiterverfolgt wird. Der Kredit kann etwas gekürzt werden, jedoch müssen gewisse Abklärungen gemacht werden. Der Betrag von Fr. 220'000.00 ist gerechnet bis zu einer allfälligen Volksabstimmung. Es enthält auch eine Reserve von Fr. 35'000.00. Wenn eine Abklärung von einer technischen und betrieblichen Machbarkeit einer Leitungslegung nach Emmen gemacht werden muss und dies Fr. 20'000.00 kostet, dann kann dies mit den Reserven aufgefangen werden. Sofern ein Bauprojekt einer Leitung gefordert wird, würde es teurer werden. Die finanzielle Problematik sieht der Gemeinderat aber eher im Hintergrund.

Martin Heiz ist der Meinung, dass die Idee der FGK so ist, dass wenn man den Auftrag der FGK überweist, man in der Variante 3 fast nichts mehr macht. So wie er jetzt hört, wird eben doch weitergemacht. Da die Mehrheit die Variante 3 nicht möchte, müsste man eigentlich den Beschlusstext ablehnen. Dann ist die Variante 3 vom Tisch. Sonst macht der Gemeinderat trotzdem gewisse Vorabklärungen Richtung Variante 3. Es macht keinen Sinn Geld in die Variante 3 zu investieren, wenn es niemand möchte. Mit einer Rückweisung bleiben die Varianten offen. So hat man mit dem Planungsbericht alle Fakten auf dem Tisch. Wenn man heute beschliesst, ist die Variante 3 weg. Mit der Rückweisung werden keine Wege verbaut.

Kathrin Graber findet die Diskussion ziemlich verwirrend. Vor allem wenn sich die FGK nicht mehr einig ist über ihren Antrag. Sie beantragt einen Sitzungsunterbruch, damit sich die FGK besprechen kann. Wenn sie den Auftrag liest, hat der Gemeinderat zusätzlich fünf Varianten zu prüfen. Zusätzlich zu dem was bereits im B+A enthalten ist. Wenn man dies nicht zusätzlich möchte, muss man sagen anstelle. Es stellt sich die Frage, ob der Auftrag nicht richtig formuliert wurde. Zum heutigen Zeitpunkt zu sagen, dass man keine Kooperation möchte, ist nicht seriös. Die Fakten zur Kooperation liegen ja noch nicht vor. Vielleicht wäre dies doch eine gute Variante für Kriens. Es muss geprüft werden, was die beste Variante ist. Die Sprechende kann dies aufgrund des Planungskredits noch nicht sagen. Dies wäre ja dann auch die Aufgabe des Gemeinderates aufzuzeigen, welche Varianten gut sind. Dann kann es ja sein, dass es gar nicht in Frage kommt. Deshalb hat die CVP/JCVP/GLP-Fraktion den Antrag gestellt, dass die Gleichberechtigung erreicht wird. Wenn man über die Kantonsgrenzen schaut, hat Bern, Basel, St. Gallen und Zürich regionale Lösungen fürs Wasser. In unserer Region hat man regionale Lösungen für den Abfall und fürs Abwasser. Da stellt sich die Frage, weshalb man dies nicht auch beim Wasser macht. Die regionalen Lösungen fürs Wasser scheinen zu funktionieren. Dieses Thema ist in den anderen Kantonen gleich emotional wie hier. Bevor man nein sagt und zurückweist, müssen zuerst die Fakten auf dem Tisch liegen.

Kathrin Graber ist der Meinung, dass man eintreten muss, den Planungskredit spricht und die vorliegenden Aufträge überweist.

Katja Staub geht mit Kathrin Graber überein. Sie möchte auch die Fakten auf dem Tisch haben. Sie fragt sich einfach, ob so viel Geld gesprochen werden muss, damit diese Fakten vorgelegt werden können.

Kathrin Graber hat das Vertrauen in den Gemeinderat, dass wenn das Geld nicht gebraucht wird, er nicht einfach etwas macht, damit das Geld aufgebraucht wird. Sie verwalten das Geld der Gemeinde nach bestem Wissen und Gewissen.

Gemäss Peter Portmann opponiert niemand gegen den Sitzungsunterbruch. Deshalb wird die Sitzung nun unterbrochen.

Peter Fässler ist mit Kathrin Graber vollkommen einig, dass man im jetzigen Moment die Variante 3 nicht ausschliessen soll. Es sollen alle Varianten, auch die von der FGK, gleichwertig ausgebreitet werden. Es soll nicht jetzt schon eine Türe geschlossen werden. Denn wenn von den anderen Vorschlägen nichts Brauchbares herauskommt, dann fehlt einer der wichtigen Anbieter.

Laut Roger Erni hat sich die FGK nochmals besprochen. Im B+A auf Seite 39 kann die FGK in der Detailberatung zeigen, welche Massnahmen und weiteren Vorgehensweise sie dem Gemeinderat empfiehlt. Es soll nun über das heikle Thema gesprochen werden. Man muss auch wissen, dass der Gemeinderat bis zu einem Betrag von Fr. 200'000.00 selber verfügen kann.

Matthias Senn weist darauf hin, dass wenn man selbständig bleiben will, dann wäre es dem Gemeinderat am liebsten, wenn der B+A abgelehnt wird. Das heisst dann, dass die Variante für den Wassereinkauf weiter verfolgt wird. Die Varianten für den Wassereinkauf müssen selbstverständlich noch geprüft werden. Wenn man sich allenfalls eine regionale Wasserversorgung vorstellen kann, soll das Projekt Pilatus auch abgelehnt werden und man kann mit einem Vorstoss verlangen, dass der Gemeinderat die Initiative für eine regionale Wasserversorgung ergreifen soll. Regional heisst mehrere Gemeinden und nicht nur mit Emmen zusammen. Wenn das Projekt Pilatus eine Option ist, aber man trotzdem mit Emmen und Horw schauen soll, dann kann der B+A mit dem Auftrag der FGK überwiesen werden. So wäre für den Gemeinderat alles offen, auch die Variante 3 ist nicht ausgeschlossen.

Peter Portmann stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Brahim Aakti stellt einen Ordnungsantrag. Es liegt ein Rückweisungsantrag vor. Man müsste doch darüber abstimmen, ob man eintritt oder nicht. Ist dies hier nicht der Fall?

Gemäss Peter Portmann wurden drei Anträge eingereicht. Der Rückweisungsantrag wird am Schluss behandelt.

Guido Solari ergänzt, dass das Eintreten von niemand bestritten wurde. Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Darum werden die beiden Anträge für die Aufträge zuerst behandelt, dann der Rückweisungsantrag und am Schluss gibt es die Hauptabstimmung über den B+A.

Seite 16 – Investitionsbedarf der Wasserversorgung Kriens

Katja Staub findet es interessant, wenn über das Geld, welches sich im Wassertopf befindet, aufgezeigt wird, wie ein Teil des Geldes in eine Variante eingebunden werden kann. Wofür kann das Geld verwendet werden?

Laut Matthias Senn sind die 22 Mio. Franken buchhalterisch vorhanden, jedoch leider nicht in cash. Das Geld wird laufend ausgegeben. Wenn eine Investition für die Wasserversorgung von 5 Mio. Franken getätigt wird, belastet dies nicht die laufende Rechnung, sondern nur die Spezialfinanzierung. Buchhalterisch könnte man investieren, jedoch muss man das Geld trotzdem bei der Bank holen.

Seite 38 – Was passiert, wenn der Einwohnerrat den Planungskredit ablehnt?

Roger Erni erklärt, dass hier sehr schön definiert ist, was passiert. Der Gemeinderat möchte möglichst bald eine Änderung des Wasserversorgungsreglements unterbreiten. Er zitiert: „Zudem würde der Gemeinderat die definitiven Verträge für den Einkauf von Wasser ab 2022 abschliessen“. Dort wird der Gemeinderat genug sensibel sein, dass er die Variante mit Emmen, Horw und ewl prüft.

Seite 39 – Weiteres Vorgehen mit Zeitplan

Roger Erni bezieht sich auf die aufgeführten Positionen. Die FGK möchte folgende Änderungen:

1. Einheitliche Bewertung der Anlagen soll gestrichen werden. Das soll nicht weiterverfolgt werden.
2. Berechnung der Höhe der Beteiligung der Gemeinde an der ewl Wasser AG: Im Antrag zum Planungsbericht liegt eine Zahl zwischen 10 % und 40 % vor. Wenn der Planungsbericht angenommen wird, muss der Gemeinderat diese Zahl genauer abklären. Es sollen jedoch noch nicht vertragliche und juristische Fragen geklärt werden. In der Kostenkontrolle sind für die externe Bewertung Fr. 120'000.00 enthalten und für die juristische Begleitung Fr. 80'000.00. Aus Sicht der FGK müssen diese Positionen mehr oder weniger null betragen.
3. Der Punkt „Detaillierte Aussagen zu den Konsequenzen in der Gemeinderechnung bei einer Beteiligung“ soll auch gestrichen werden.
4. Die Vertiefung der Aussagen zu Variante 1 ist sehr gut. Die weiteren Varianten im Sinne des Kaufs von Wasser sind zu ergänzen. Die Kooperation von Horw kann natürlich auch noch geprüft werden.
5. Der Planungsbericht an den Einwohnerrat mit den Ergebnissen der Abklärungsphase ist sehr gut. Aus Sicht der FGK geht man nun in eine Abklärungsphase 2 hinein. Man war sich einig, dass der Gemeinderat schon sehr viele Abklärungen gemacht hat.

6. Alle Reglemente, Verordnungen und Verträge gemäss Ausführungen in Kapitel 3.3 sollen weglassen werden. Dies wäre die Variante des Projekt Pilatus. Dafür soll kein Geld ausgegeben werden.
7. Bericht und Antrag an den Einwohnerrat mit den Ergebnissen der Umsetzungsphase: Aus Sicht der FGK braucht es noch keine Umsetzungsphase. Im B+A sollen die Ergebnisse der Abklärungsphase 2 enthalten sein. Die FGK erwartet einen Variantenplanungsbericht wie es bei den Heimen gemacht wurde.

Matthias Senn ergänzt, dass der Punkt 5 ein Zwischenschritt ist. Der Gemeinderat hat die Absicht erst Reglemente und Verträge abzuschliessen, nachdem er das OK des Einwohnerrates erhält. Der Gemeinderat hat Mühe damit, wenn der erste Punkt gestrichen und der zweite Punkt trotzdem verlangt wird. Wenn es möglich gewesen wäre, hätte man die Zahl heute schon bekannt gegeben. Man stellte fest, dass die Anlagen zuerst sauber und gleich bewertet werden müssen. Danach weiss man was der Anteil der Gemeinde Kriens ist. Ohne Punkt 1 kann der Punkt 2 nicht gemacht werden.

Rolf Schmid möchte wissen, ob der Planungskredit aus dem Topf der Spezialfinanzierung geholt wird.

Gemäss Matthias Senn wird der Planungskredit selbstverständlich aus der Spezialfinanzierung Wasserversorgung finanziert.

Auftrag FGK: Variantenprüfung

Gemäss Roger Erni beantragt die FGK, dass der Gemeinderat zusätzlich folgende Varianten prüft:

- Wassereinkauf bei der Gemeinde Horw und der ewl
- Wassereinkauf bei der Gemeinde Emmen
- Wassereinkauf bei der ewl
- Kooperation mit der Gemeinde Horw und der ewl
- Kooperation mit der Gemeinde Emmen

Die Mitglieder der FGK sind gross mehrheitlich der Meinung, dass bevor eine einzige Variante weiterverfolgt werden kann, alle relevanten Varianten qualitativ gegenüber gestellt werden sollen. Erst danach ist eine Grundsatzentscheidung Einkauf oder Kooperation möglich. Danach ist man allenfalls bereit nur noch eine einzige Variante weiter zu verfolgen. Die FGK ist aber der Auffassung, dass die Kooperation mit der ewl nicht bereits in ein fortgeschrittenes Stadium gebracht werden soll. Die Folge davon ist, dass für die im B+A angesprochene Variante 3, die von der FGK nicht präferierte Option, braucht es nicht mehr viele Abklärungen für den nächsten Schritt den B+A zur „Zukunft der Wasserversorgung Kriens“. Es ist wichtig, dass der Gemeinderat konkrete Aufträge hat und nicht mit einer Rückweisung zurück auf Feld Null geschickt wird. Die grossmehrheitliche Bitte aus der FGK lautet ihrem Auftrag zuzustimmen und die Rückweisung der BK abzulehnen.

Abstimmung Auftrag FGK (Variantenprüfung)

Mit 25:7 Stimmen wird der Auftrag überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

Auftrag CVP/JCVP/GLP: Prüfung Variante juristische Person

Gemäss René Zosso möchte die CVP/JCVP/GLP-Fraktion den Gemeinderat beauftragen zusätzlich folgende Variante gleichwertig zu den bereits bekannten Varianten zu prüfen und weiterzubearbeiten: Es soll eine gegenüber der ewl AG neue juristische Person z.B. AG gegründet werden, in der die beteiligten Gemeinden und die ewl AG gleichberechtigte Partner sind.

Bei einer Zusammenarbeit in der Wasserversorgung sollen alle Gemeinden bzw. die ewl AG gleichberechtigte Partner sein und gleiche Mitspracherechte haben. Dies wird möglich, in dem eine gegenüber der ewl AG neue juristische Person gegründet wird. In anderen Zentrumsge- meinden wie Bern, Basel und St. Gallen bestehen bei der Wasserversorgung solche AG's mit gleichberechtigten Gemeinden als Aktionären bereits. Diese Variante, die sich in anderen Kantonen bewährt, ist daher auch in Luzern und der Agglomeration zu prüfen und weiterzu- bearbeiten.

Abstimmung Auftrag CVP/JCVP/GLP (Prüfung Variante Juristische Person)

Mit 17:14 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Auftrag nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Erni, Roger	nein

Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	Enthaltung
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Trüb, Paul	nein
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

Antrag BK: Rückweisung

Gemäss Martin Heiz soll der B+A zurückgewiesen werden. Vor allem will man sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht auf eine Variante festlegen, bevor nicht noch weitere Abklärungen getroffen worden sind. Bei einem Ja oder bei einem Nein zum Beschlusstext legt man sich aber bereits fest. Deshalb stellt die BK den Rückweisungsantrag. Denn man will noch mehr wissen, über einen allfälligen Anschluss an Horw oder allenfalls auch an Emmen. Wenn man nicht eintreten will, so bleibt alles beim Alten und Variante 1 wird weitergeführt. Wenn man eintritt, aber zum Beschlusstext doch Nein sagt, so ist man gleichweit wie heute und es bleibt wie heute bei der Variante 1. Wenn man aber eintritt und zum Beschlusstext Ja sagt, so wird die Variante 3 vertieft überprüft, weiter verfolgt und das Geld dafür wird ausgegeben. Denn das Geld aus diesem Kredit wird mehrheitlich für die Variante 3 benötigt. Das wollte eine Mehrheit der BK nicht.

Erich Tschümperlin möchte wissen, ob die Rückweisung und die Ablehnung das Gleiche ist? Was sind die Konsequenzen wenn man zurückweist oder ablehnt?

Laut Guido Solari liegt der Unterschied darin, dass bei einer Rückweisung das Geschäft an den Gemeinderat zurückgeht und es wird keine Entscheidung gefällt. Bei einer Ablehnung fällt die Entscheidung, dass der Kredit so nicht bewilligt wird.

Abstimmung Antrag BK (Rückweisung)

Mit 19:12 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Antrag abgelehnt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	nein
Camenisch, Rätö	nein

Dalla Bona, Mara	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfelner, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Schmid, Rolf	nein
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	nein
Zosso, René	Enthaltung

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Der Planungskredit „Zukunft Wasserversorgung Kriens – Projekt Pilatus“ im Betrag von Fr. 220'000.00 wird genehmigt.*
2. *Der Beschluss gemäss Ziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.*
3. *Folgender Auftrag wird an den Gemeinderat überwiesen: Der Gemeinderat hat zusätzlich folgende Varianten zu prüfen:*
 - *Wassereinkauf bei der Gemeinde Horw und der ewl*
 - *Wassereinkauf bei der Gemeinde Emmen*
 - *Wassereinkauf bei der ewl*
 - *Kooperation mit der Gemeinde Horw und der ewl*
 - *Kooperation mit der Gemeinde Emmen*
4. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

Bruno Bienz ist sich nicht ganz sicher, ob allen klar ist worüber abgestimmt wurde. Der Rückweisungsantrag wurde abgelehnt, obwohl dies der richtige Weg gewesen wäre. Die CVP/ JCVP/GLP-Fraktion wollte, dass Varianten geprüft werden. Wenn der Einwohnerrat dem Planungsbericht nicht zustimmt, wird nur die Verlängerung des Wasservertrags definitiv verhandelt und abgeschlossen. Dann werden keine weiteren Varianten mehr geprüft. Das muss man sich bewusst sein.

Matthias Senn erklärt, wenn der Einwohnerrat den B+A ablehnt, dann stirbt das Projekt Pilatus. Das heisst nicht, dass der Gemeinderat nichts mehr unternimmt. Man wird vor allem den Wassereinkauf mit den verschiedenen Möglichkeiten prüfen. Wenn der B+A überwiesen wird,

wird das Projekt Pilatus mit den zusätzlichen Aufträgen der FGK weiterverfolgt. Der nächste Schritt ist dann der Planungsbericht im Einwohnerrat.

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 169/15:
Der Beschlusstext wird mit 17:15 Stimmen abgelehnt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	ja
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	nein
Schmid, Rolf	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	nein
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

**4a. Dringliches Postulat Graber: Bypass – so nicht! Konsequenz
bleiben! Nr. 185/15**

Peter Portmann übergibt das Wort an Cyrill Wiget zwecks Begründung.

Gemäss Cyrill Wiget ist der Gemeinderat bereit das Postulat entgegenzunehmen und wird darüber Bericht erstatten in welcher Form die Vernehmlassung angepasst wurde. Inhaltlich ist es so, dass die alte Vernehmlassung ohnehin gilt, die dem Einwohnerrat zugestellt wurde. Der Gemeinderat überprüft nun die neuen Vorschläge auf ihre Wirksamkeit hin und die alten Anliegen werden selbstverständlich aufrechterhalten.

Peter Portmann stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Kathrin Graber opponiert der Überweisung.

Peter Portmann erteilt das Wort an Kathrin Graber.

Gemäss Kathrin Graber hatte man diese Konstellation bereits schon einmal. Sie möchte eigentlich gar nicht opponieren. Aber es ist eine so wichtige Sache, dass sie darüber sprechen möchte. Der Gemeinderat beklagt sich immer ein wenig, dass er nicht weiss woran er mit dem Einwohnerrat ist. Die Sprechende findet, dass der Gemeinderat eine klare Willenskundgabe des Einwohnerrates hören muss. Heute schreibt man ein weiteres Kapitel beim Projekt Bypass. Dieses Projekt wird das Ortsbild der Gemeinde Kriens wie kein anderes Projekt durch die zehn Fahrspuren, aber auch durch den Zusatzverkehr über Jahre hinweg prägen. Darum müssen jetzt für Kriens die besten Bedingungen ausgehandelt und erreicht werden. Das Komitee sieht es schon mal als Teilerfolg an, dass das ASTRA endlich auch auf die Anliegen von Kriens eintritt. Auf diesem angepassten Projekt kann man gut aufbauen und noch weitere Verbesserungen am Projekt verlangen. Mit der Präsentation des angepassten Projekts dürfen sich der Gemeinderat und die Einwohnerinnen und Einwohner aber noch nicht zufrieden geben. Es besteht noch Spielraum in der Ausgestaltung des Projekts und es liegt noch mehr drin für Kriens. Der vorliegende Vorstoss wird von allen Parteien im Einwohnerrat unterstützt. Diese Einigkeit der Parteien im Auftreten von CVP, JCVP, GLP, FDP, SVP, SP, JUSO, Grüne und Junge Grüne soll dem Gemeinderat ein klares Zeichen geben, in welche Richtung er seine Stellungnahme beim Bund einreichen soll. Er soll nämlich auf den Anliegen von Kriens beharren und weiter für diese Anliegen kämpfen. Aus Sicht des Komitees soll sich der Gemeinderat in seiner Stellungnahme mindestens auf folgende zwei Anliegen konzentrieren:

1. Das Komitee fordert ein Verkehrskonzept, mit dem aufgezeigt wird, wie die Verkehrsprobleme von Kriens unter Einbezug des Zusatzverkehrs, die durch den Bypass verursacht werden, nachhaltig gelöst werden können. Der Gemeinderat soll bis zur nächsten Planungsphase zusammen mit dem Kanton eine Verkehrslösung planen. Wenn man nach Weiningen schaut, so hat dort der Gemeinderat mit dem Kanton sogar ein ganzes Alternativprojekt erarbeitet. Das erwartet das Komitee nicht. Es verlangt aber, dass nicht nur im Norden bauliche Massnahmen wegen dem Verkehr getroffen werden, sondern auch im Süden. Es darf nicht passieren, dass der Verkehr ungehindert auf Kriens prallt. Im Zusammenhang mit diesem Verkehrskonzept, das man seit dem Start des Komitees verlangt, ist leider noch gar nichts vorwärts gegangen.
2. Weiter fordert das Komitee, dass eine noch längere Überdeckung als die vom ASTRA geplanten 100 oder 200 Meter realisiert wird. Jeder weitere Meter, der überdacht wird, hilft Kriens. Also nicht jeder Rappen zählt, sondern „jeder Meter zählt“. Eine längere Überdeckung liegt im grossen Interesse von Kriens. Der Lärm kann weiter reduziert werden. Eine längere Überdeckung ermöglicht auch eine bessere städtebauliche Gestaltung ganz generell, aber auch weil man beispielsweise mehr Platz auf dem Dach der Autobahn hat. Bei der Länge der Überdeckung hat das ASTRA aus Sicht des Komitees den Spielraum noch nicht voll ausgeschöpft. Man weiss nämlich aus dem Urteil von Weiningen, dass das ASTRA aus städtebaulichen Gründen über ein gewisses Ermessen bei der Länge der Überdeckung verfügt. Das Komitee fragt, weshalb 100 oder 200 Meter und nicht 500 Meter oder eine Überdeckung bis zur Arsenalstrasse?

Deshalb fordert es den Gemeinderat auf, dass er sich mit Weitblick für diese zwei Anliegen einsetzt und dass er bei der Realisierung des Bypasses die für Kriens besten Bedingungen erreicht. Nur wenn diese Anliegen der Gemeinde Kriens als Standortgemeinde umgesetzt werden, ist der Bypass wirklich eine Chance für die Agglomeration und auch ein Gewinn für Kriens. In diesem Sinn beantragt die Sprechende, das Postulat deutlich zu unterstützen und

damit dem Gemeinderat einen klaren Auftrag bei den weiteren Verhandlungen zu geben. Gleichzeitig stärkt man dadurch dem Gemeinderat den Rücken, das er endlich selbstbewusst vor Kanton und Bund hin steht und seine Forderungen im Interesse der Krienserinnen und Kriensern platziert.

Räto Camenisch, SVP-Fraktion, hat noch ein paar Ergänzungen zum Votum von Kathrin Graber. Beim Projekt in Schwamendingen wird die Autobahn 1'600 Meter überdeckt, um offenbar die Bevölkerung zu schützen. Da stellt sich die Frage wo der Unterschied liegt? Offenbar ist man in Zürich stärker als in Luzern. Man muss aufpassen. Das ASTRA legt irgendwelche Reglemente vor und sagt, dass sie es nicht machen können. Es gibt viele Beispiele, wo sie es anscheinend trotzdem konnten. Er denkt dabei an den Isisbergtunnel, alle Obwaldner Tunnel und Schwamendingen. Man kann wenn man will. Das ASTRA hat einen gewissen Spielraum. Es wurde eine Überdachung bis zur Arsenalbrücke gefordert. Dies war ein Schuss in den Ofen. Das ist kein Projekt. Das ASTRA hat einfach drei Varianten vorgelegt. Selbstverständlich kann man auch später weniger fordern, damit das Brunner Druck Gebäude erhalten bleibt. Um das geht es gar nicht. Aber es geht darum, dass gleichzeitig mit dem Bypass-Projekt eine gleich grosszügige Verkehrslösung wie im Norden gefordert wird. Im Norden gibt es einen Tunnel im Friedental. Wie viele Personen wohnen denn im Friedental? Das sind wenige. Für Kriens gibt es lediglich eine Busspur. Der ganze Abflussverkehr vom Südportal fliesst in die Quartiere. Deshalb hat man seinerzeit eine Südspange vorgesehen. Diese wurde indirekt bei einer Volksabstimmung in der Stadt genehmigt. Die Südspange wurde jedoch einfach fallen gelassen. Hat jemand schon mal gehört, dass der MIV durch eine Busspur ersetzt werden kann? Das sind sehr grosszügige Lösungen Richtung grüner Ideale. Die Stadt Luzern hat sich nun beim Kanton schadlos gehalten. Kriens fordert vom Kanton ein sauberes Projekt Süd, so dass es einen schonungsvollen Abfluss des Verkehrs gibt. In 50-60 Jahren ist die Strecke zwischen Luzern und Malters überbaut. Diese fahren dann alle durch Kriens. Die Probleme der Achse Kriens müssen gelöst werden. Das kann nur unter dem Boden sein, denn anders geht das nicht. Darum fordert Kriens im gleichen Aufwasch mit dem Bypass eine Verkehrslösung. Es ist nichts geplant, ausser ein paar Lichtenanlagen und Staumelder. Das Komitee verlangt vom Kanton, dass er mindestens langfristig im Süden auch eine Antwort auf die Verkehrsprobleme bringt.

Laut Thomas Lammer, FDP-Fraktion, ist dies ein sehr wichtiger Vorstoss. Kriens muss an dieser Sache dran bleiben. Was die Tunnelüberdachung anbelangt ist man fast am Ziel. Es liegt aber sicher noch der eine oder andere Meter mehr drin. Jeder Meter zählt für Kriens. Das ASTRA hat Entgegenkommen gezeigt, aber der Kanton steht nach wie vor an der Seitenlinie. Die beiden Forderungen sind ein Gesamtwerk. Es gibt nicht nur den Bypass. Ein Gesamtwerk wird nur erfolgreich, wenn beide Teile realisiert werden. Sonst scheitert es. Das müssen sich der Kanton und das ASTRA bewusst sein.

Heute steht gemäss Peter Fässler, SP/JUSO-Fraktion, der Sinn eines solchen Bauwerkes nicht zur Debatte. Heute geht es um die Lebensqualität der Gemeinde Kriens, falls dieses Bauwerk realisiert wird. Darum steht die SP/JUSO-Fraktion voll hinter den Forderungen des Komitees „Bypass – so nicht!“. Vor allem die Forderung nach dem Verkehrskonzept ist ganz wichtig. Es muss beim Kanton Druck gemacht werden. Dort geht es wirklich darum, was mit dem zusätzlichen Verkehr in Kriens passiert. Hier geht es um Lärm und verstopfte Strassen. Auch bei der Forderung 2 ist die Luft noch nicht raus. Der Sprechende glaubt nicht, dass Kriens mit 1-2 Metern mehr Überdeckung zufrieden sein darf. Das ASTRA hat gezeigt, dass es sich bewegen kann. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass sich hier noch mehr bewegen kann und muss. Kriens muss auch einen Mehrwert des Bauwerkes erhalten, auch wenn die Ge-

meinde nicht direkt betroffen ist. Es geht auch darum die Verkehrsprobleme der Stadt Luzern zu lösen und der ganze Transitverkehr aufzunehmen.

Erich Tschümperlin, Grüne /JG-Fraktion, glaubt, dass das ASTRA nur so weit entgegenkommen ist, weil sie meint, dass Kriens zufrieden ist oder die ersten Gegner abspringen. Schliesslich kommt das ASTRA nur soweit entgegen bis sich die Gegner auflösen Dann ist es fertig für Kriens und es wird nichts mehr am Projekt geändert. In Kriens ergiesst sich der Verkehr in die Wohnquartiere. Das ist nicht akzeptabel. Kriens muss sich wehren. Das ASTRA und der Kanton sind froh, wenn Kriens endlich Ruhe gibt. Verhandlungen führt man nicht, indem man beim ersten Vorschlag schon sein Einverständnis dafür gibt. Dieses Projekt ist ein Marathon. Für eine gute Lösung in Kriens muss die Gemeinde selber kämpfen. Niemand anders schaut für Kriens. Deshalb ist dieser Vorstoss sehr wichtig. Der Sprechende prophezeit, dass dies nicht der letzte Vorstoss zu diesem Thema war.

Laut Cyrell Wiget ist es dem Gemeinderat schon wichtig mit der Entgegennahme des Vorstosses zu signalisieren, dass er sich mit dem Anliegen identifizieren kann. Mit der Entgegennahme ging es überhaupt nicht darum Zeit zu gewinnen oder die Diskussion zu verhindern. Der Gemeinderat hat im Auftrag des Kantons die Möglichkeit zur Stellungnahme. Über die Fachstelle Verkehr wurden die verschiedenen Ebenen zur Diskussion und Stellungnahme eingeladen. Das Komitees, der Gemeindeverband und einzelne Parteien haben daraufhin reagiert. Es wurde alles aufgenommen, zusammengefasst und in der Stellungnahme abgefüllt, damit der Kanton hört, wie es von den politischen Organisationen her tönt. Eine öffentliche Veranstaltung wurde auch durchgeführt. Ungefähr 50 Personen haben daran teilgenommen. Es fand eine interessante Diskussion statt. Die Diskussion wurde zusammengefasst und die Hauptanliegen wurden auch in der Stellungnahme aufgenommen. Insofern werden die Anliegen der Bevölkerung und der Politik dem Kanton mitgeteilt. Die Bevölkerung hatte auch die Möglichkeit bis am 19. Juni 2015 Rückmeldung via die eigens eingerichtete E-Mail Adresse zu geben. Diese Möglichkeit wurde auch genutzt. Die Stellungnahme wurde nun in einem 13-seitigen Bericht zusammengefasst. Zu jeder einzelnen Massnahme wurde seitens des Gemeinderates Stellung genommen. Der Vorschlag der Fachstelle Verkehr wurde im Gemeinderat noch nicht behandelt. Die einzelnen Komponente möchte er noch werten und dem Kanton sagen, wie es der Gemeinderat sieht. Der Gemeinderat ist froh, dass das Parlament hinter ihm steht. Die Fachstelle Verkehr hat deutlich mehr Anliegen als nur die Forderung des Verkehrskonzepts und der Überdachung aufgenommen. Zurzeit sind noch viele Anliegen unerfüllt und nicht berücksichtigt. Die Diskussion mit dem ASTRA und dem Kanton hat sich reduziert auf die Verlängerung des Tunneldachs. Der Gemeinderat bittet auch etwas Vertrauen zu haben, dass er nicht ganz untaktisch ist. Wenn man genug haben möchte, muss man auch genug fordern. Die Forderungen können auch nicht einfach nur auf zwei reduziert werden. Der Gemeinderat nimmt die Anliegen sehr ernst und handelt diese seriös ab. Die Stellungnahme wird noch vor den Sommerferien an der nächsten Sitzung im Gemeinderat diskutiert.

Für Kathrin Graber klingt die Zusammenstellung interessant. Anscheinend sind doch einige Rückmeldungen eingegangen. Dem Komitee ist es ein Anliegen, dass nicht nur die Überdeckung angeschaut wird, sondern wie im Fall Weiningen man mit dem Kanton zusammensitzt und eine Verkehrslösung findet. Im Fall Weiningen hat der Gemeinderat mit dem Kanton ein ganzes Projekt erarbeitet. Das wird nicht verlangt. Aber das Teilproblem des Verkehrs soll angeschaut werden. Der Gemeinderat muss da dran bleiben.

Abstimmung über die Überweisung des dringlichen Postulats Graber: Bypass – so nicht! Konsequenz bleiben! (Nr. 185/15):

Das Postulat wird mit 32:0 Stimmen überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

5. Postulat Aakti: Ticket-System für das Baudepartement

Nr. 172/15

Peter Portmann stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

6. Beantwortung Interpellation Kobi: Konsequenzen bei der Annahme der Kantonsinitiative „Für faire Unternehmenssteuern“

Nr. 161/15

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Tomas Kobi wünscht eine Diskussion.

Peter Portmann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Laut Tomas Kobi fährt der Kanton Luzern seit 2012 eine nicht unumstrittene Tiefsteuerstrategie. Diese führt dank der schweizweit tiefsten Unternehmenssteuern zwar zu Mindereinnahmen. Es soll laut Regierung aber auch zu mehr Firmen führen, die dank der erhöhten Attraktivität des Kantons vermehrt zuziehen und Arbeitsplätze schaffen. Doch zumindest für Laien sieht die bisherige Bilanz eher mies aus. Denn die Erträge der juristischen Personen liegen über 10 Mio. Franken unter den budgetierten Erwartungen und fast 4 Mio. Franken unter jenen des Vorjahres, wie das aus den Medien zu erfahren war. In der Beantwortung rühmt der Gemeinderat, dass der Kanton Luzern die Rangliste der steuergünstigsten Kantone anführt. Da rührt der Gemeinderat aus Sicht des Sprechenden stark die Werbetrommel. Beste Reklame für die Unternehmenssteuerreform. Die Unternehmenssteuern wurden halbiert und nun wachsen sie seit 2014 in Kriens um 3,5 % jährlich. Dies ist ein toller Erfolg und wahrlich ein Grund zur Freude. In 30 Jahren sind die Ausfälle der juristischen Personen wieder kompensiert, aber nur wenn es weiterhin so positiv weitergeht. In der Stadt Luzern sank jedoch der Firmenanteil mit der Steuerhalbierung im Jahr 2012 von 21,9 % auf 16,5 % und weist weitere Abwärtstendenzen auf.

Rolf Schmid, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, findet, dass mit dieser Frage Kaffeesatz lesen verbunden ist. Man muss sich ins Bewusstsein rufen, dass am 27. September 2009 das Luzerner Stimmvolk sehr deutlich mit 68 % Ja sagte zur Steuergesetzrevision vom Jahr 2011. Dieser Steuersatz besteht seit 2012. Es liegt heute irgendwie im Zeitgeist, dass man nach kurzer Zeit immer wieder alles hinterfragt. Man möchte möglichst wieder zurück zu alten Zeiten und dem Neuen keine Zeit geben. Das erinnert den Sprechenden an die Diskussion über das Frühenglisch in der Primarschule. Nach 2-3 Jahren sprach man schon von Überforderung der Schüler. Dabei kann man nach einer solch kurzen Zeit die Auswirkungen nicht festlegen. In diesem Sinne ist aus Sicht der CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Interpellation ein bisschen Kaffeesatz lesen.

Alfons Graf, SVP-Fraktion, kommt die Interpellation vor, wie ein kleiner Wahlbarometer. Es wird versucht vor der Abstimmung das Volk zu beeinflussen. Die Interpellation ist zum heutigen Zeitpunkt völlig daneben, da die Abstimmung noch nicht über die Bühne ist. Es kommt dem Sprechenden so rüber, dass Tomas Kobi Werbung in eigener Sache machen will. Die Initiative „Faire Unternehmenssteuer“ welche die Linken mit den Gewerkschaften lanciert haben, zielt zudem in eine Sackgasse und würde bei einer Annahme ein Investoren-Sterben im Kanton und in den Gemeinden bedeuten. Weiter würde das den Verlust von zig Arbeitsplätzen mit sich ziehen. Einmal mehr ist den Linken mit dieser Initiative der Sachverstand völlig in den Keller gegangen und zeigt einmal mehr wie unglaublich ihre Politik ist. Die Linken und die Gewerkschaften schreien wenn Arbeitsplätze verloren gehen, aber gleichzeitig wollen sie den KMU-Betrieben durch Auflagen und mehr Steuern den Verleider machen und sie aus den Luzerner Gemeinden und dem Kanton vertreiben. Der Kanton Luzern hat mit der Senkung der Unternehmensteuer eine Vorwärtsstrategie im Kanton entfacht und dadurch Unternehmer in den Kanton und in die Gemeinden gebracht. Man hat in den Gemeinden und den Kantonen nicht ein Ausgabenproblem, sondern ganz klar ein Einnahmenproblem. Ein Einnahmenproblem, welches die Mitte-Links Parteien fördern.

Die FDP-Fraktion dankt laut Roger Erni den Grünen für die Fragen. Interpellationen sind in diesem Sinne immer gültig. Tomas Kobi sagte, dass diese Steuerstrategie zu mehr Steuern führen soll. Laut der Statistik sind in den letzten 2-3 Jahren immer mehr Firmen nach Luzern gezogen. Gerade gegenüber Zug hat sich Luzern so einen Standortvorteil geschaffen. Viele Firmen von Zug kommen nach Luzern. Diese schaffen so im Kanton Luzern wieder neue Arbeitsplätze. Die FDP-Fraktion hat Freude an der bürgerlichen Mehrheit, die ab dem 1. Juli 2015 mit Paul Winiker im Regierungsrat geschaffen wird. Sie möchte, dass die Steuerstrategie vom September 2009 so weitergezogen wird. Es ist ein Erfolg. Wenn man meint, dass man ein Einnahmeproblem hat, stimmt das nicht. Aus liberaler Sicht soll dem Staat möglichst wenig gegeben werden, denn mit dem was der Staat zur Verfügung hat, kommt er aus und versucht das Beste zu machen. Im Wettbewerb um den föderalen Staat müssen sich die Kantone und die Gemeinden gegen die anderen durchsetzen. Der Kanton Luzern ist auf einem guten Weg und deshalb soll man sich nicht von dieser Strategie abbringen lassen. Die FDP-Fraktion dankt nochmals für die Fragen und dem Gemeinderat für die Beantwortung.

Mario Urfer, SP/JUSO-Fraktion, führt aus, dass die Gemeindefinanzen eigentlich gesund sein könnten. Wenn nicht die von aussen aufgezwungenen Mehraufwände und Mindereinnahmen wären. Für die SP/JUSO-Fraktion ist es müssig hier über die kantonalen und kommunalen gewollten Steuerausfälle zu sprechen. Die Antworten der rechtsbürgerlichen Parteien sind immer die Gleichen, wie unerwünschte Wegzüge, Nichtansiedlung von Unternehmen und Arbeitsverluste. Kann und darf man nur hoffen, dass die Wachstumsstrategie des Kantons in Zukunft zu höheren Steuereinnahmen führt und dass der Bevölkerungs- und Arbeitswachstum nicht von den Infrastruktur-Mehrkosten aufgeessen wird? Die SP/JUSO-Fraktion sagt nein. Auch die Unternehmen sollen sich beteiligen. Mit der Initiative würde die Gewinnsteuer gerade mal um 0,75 % angehoben. Das ist moderat. In Kriens würde der Steuerertrag theoretisch um ca. 2.5 Mio. Franken wachsen. Deshalb sollen sich auch die Unternehmen wieder angemessen an den öffentlichen Kosten beteiligen. Was würde man verlieren, wenn Luzern die tiefste Unternehmensteuer in der Schweiz aufgeben würde? Ja, man käme nicht mehr auf die begehrte Shortlist für Internationale Unternehmen. Wer aber umzieht schaut nicht nur auf die Steuern. Der Sprechende zitiert aus dem Artikel der NLZ vom 13. Juni 2015 aus der Studie der Wirtschaftsförderung: *„Während Kantons- und Gemeindevertreter mit über 80 % die Steuern als wichtigster Faktor für einen attraktiven Standort ansehen, ist dieser für Unternehmer zwar wichtig, aber nicht zentralster Punkt. Die Behörden erachten tiefe Steuern als viel zentraler für die Standortwahl als die Unternehmen, so ein Fazit der Studie.“* Für die Firmen zählt das Gesamtpaket Verkehrsanbindung, zusammenhängende Grundstücke, Steuern, qualifizierte Arbeitskräfte, Bildungsstandort, Kundennähe und politische Stabilität. Mit der Steuerenkerei beisst sich der Hund in den eigenen Schwanz bei den daraus resultierende Sparmassnahmen, wie bei der Infrastruktur, Bildung, Umwelt und Sicherheit, usw. Dies alles zulasten der Einwohnerinnen und Einwohner. Ein aktuelles Beispiel ist der Hochwasserschutz. Aus einer Zeit wo die Unternehmen 4 %, also fast doppelt so viele Unternehmenssteuern zahlten und die Finanzen gesund waren. Wer erinnert sich daran, als der Krienbach auf der Höhe des Café Morgenstern bis zur Busschleife nach einem Gewitter seinen Lauf auf der Obernauerstrasse suchte und die ganze Bruchstrasse in Luzern flutete? Seit Menschengedenken verursachte der Krienbach Überschwemmungen. Die Zustände wiederholten sich bei grösserem Unwetter und verursachten Schäden in Millionenhöhe. Die Sanierung des Krienbachs wurde vom Regierungsrat des Kantons Luzern im März 1989 genehmigt. Das Volk bewilligte im September 1989 den Gesamtkredit von 40 Mio. Franken. Bund und Kanton beteiligten sich mit 24 Mio. Franken und Kriens mit 42,5 %. Der Bau wurde 1994 fertiggestellt. Ob die abgewandten Schadenskosten beziffert werden können, weiss man nicht. Vielleicht kennt der Gemeinderat diese Zahlen. Aber eins ist sicher, heute wäre so ein Bauvorhaben viel schwieriger zu realisieren, weil kein Geld vorhanden ist. Deshalb braucht es mehr Steuergerechtigkeit.

Erich Tschümperlin, Grüne/JG-Fraktion, hat nun zweimal gehört, dass die Unternehmenssteuern ein Erfolg sind. Von einem Erfolg spricht die Grüne/JG-Fraktion erst, wenn die Steuerausfälle mindestens wieder auf der Höhe sind, wo sie mal waren. Dort ist man noch lange nicht. Unternehmen fahren immer höheren Gewinn ein und zahlen immer weniger Steuern. Diese Schere öffnet sich immer mehr. Firmen wollen gute Infrastrukturen und gut ausgebildete Personen. Es gibt Studien dazu, wie sie Mario Urfer zitiert hat. Das alles zahlen immer mehr die einfachen Bürger. Das ist gewollt und man hat darüber abgestimmt. Es wurde versprochen, dass es besser kommt. Der Sprechende ist gespannt, wann sich die Besserung einstellt.

Räto Camenisch war von Anfang an beim Kurswechsel dabei. Anno 1995 kam er in den Grossrat. Zu dieser Zeit war Luzern ein Kanton der seit 150 Jahren eine landwirtschaftlich priorisierte Politik hinter sich hatte. Wenn man vom Kanton Zug über die Autobahn fuhr war es an der Luzerner Grenze fertig mit den Industriebetrieben und man sah nur noch Obstbäume. Dazumal hatte man ein Pro-Kopf-Einkommen, das sich im hinteren Drittel der Schweiz befand. Dann hat sich Luzern im Jahr 1999 einen Kraftakt mit dem Projekt Luzern 99 geleistet. Das war ein riesen Projekt, welches die bürgerlichen Parteien durchgezogen haben. Das Projekt beinhaltet die Privatisierung der Kantonalbank, die Problemlösung des Kantonsspitals und eine neue Steuerstrategie. Die Stadt Luzern kann sich nicht mehr weiter entwickeln. Sie ist eine pensionisten Stadt. Deshalb war Luzern auch so scharf darauf mit Littau zu fusionieren, weil dies ein Entwicklungsraum ist. Im vorletzten Jahr haben sich im Kanton Luzern 400 Betriebe neu angesiedelt. Im Kanton Thurgau, der nicht viel kleiner als Luzern ist, waren es lediglich 37. Wenn man ernten möchte, muss man auch säen. Zwischen dem Säen und dem Ernten gibt es eine Zeit. Darin befindet man sich jetzt. Die Entwicklung ist jedoch absehbar. Wenn man das Seetal herunter fährt, sieht man, dass überall gebaut wird. Es gibt Wohnungen, neue Strassen etc. Die Entwicklung der Region heisst nicht nur mehr Infrastruktur, sondern auch mehr Geld im Sack des eigenen Bürgers. Die Steuereinnahmen im Kanton Luzern sind dauernd nur gestiegen. Es stimmt nicht, dass man ein Problem mit den Einnahmen hat. Man hat jedoch nicht immer eine gute Disziplin mit den Ausgaben. Bisher war die ganze Strategie Luzern 99 ein Erfolg. Der Sprechende erhielt kürzlich eine Anfrage einer ausländischen Firma, die sich in Luzern ansiedeln wollte. Die Firma hat alle Bemühungen zum Umzug wegen der Initiative abgebrochen, weil der Chef Angst hatte, dass diese angenommen wird. Diese Initiative ist ein völlig falsches Zeichen für die Unternehmer. Räto Camenisch ist davon überzeugt, dass diese abgelehnt wird.

Katja Staub findet, dass man zu den Unternehmern Sorge tragen muss. Die Unternehmen, die in den letzten drei Jahren nach Luzern umgesiedelt sind, fühlen sich veräppelt, wenn nun die Steuern nach so kurzer Zeit wieder erhöht werden. Ein Umzug ist immer eine teure Sache. Man soll die Unternehmer nicht zu stark verärgern.

Gemäss Paul Winiker braucht jede Strategie einen langen Atem. Man kann nicht nach 2-3 Jahren eine Strategie schon wieder in Frage stellen. Letztlich geht es auch um die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons. Im Paket 2008, welches in 3-4 Etappen schrittweise realisiert wurde, sind ungefähr 80 % der Entlastungen auf natürliche Personen entfallen. Der Mittelstand sollte entlastet werden. Die Einkommen um Fr. 30'000.00 wurden mit 80 % entlastet. Tiefe Einkommen wurden mit dem Steuerpaket am meisten entlastet. Die Unternehmenssteuer wurde um 60 % gesenkt. Bei den Familien gab es auch noch die höheren Familienabzüge. Es ist eigentlich ein Wunder, dass der Kanton und die Gemeinden bei diesen enormen Entlastungen so gerade noch gut dastehen. Es ging darum den Kanton langfristig wettbewerbsfähiger zu machen. Bei den Steuern der natürlichen Personen kann Luzern mit den Kantonen Nidwalden, Schwyz und Zug nicht mithalten. Für die hohen Einkommen konnte sich Luzern

nicht wettbewerbsfähig machen. Die Strategie wurde angepackt, weil Luzern einen grossen Rückstand hatte. Wie es Rätö Camenisch gesagt hatte, hat Luzern als Industriekanton verschlafen. Mit der tiefsten Unternehmenssteuer wollte man ein Nachholrennen machen. Nach drei Jahren sieht man noch nicht wo man steht. Im Kantonsrat gab es eine Interpellation Zopfi zu der Frage inwiefern die Steuerausfälle kompensiert wurden. Der Sprechende empfiehlt die Beantwortung zu lesen. Das Ziel einer Finanzpolitik ist nicht, dass der Staat weniger Geld einnimmt, wie zum Teil unterstellt wird, sondern dass man mit einer grösseren Leistungsfähigkeit und einer besseren Wettbewerbsfähigkeit mehr Geld erhält und so Mehrleistungen finanziert. Wenn die Initiative angenommen wird, gibt es eine massive Erhöhung der Unternehmenssteuern von 50 %. Wenn sich nichts anderes ändert, erhält Kriens so ca. 2.5 Mio. Franken mehr. Das würde das strukturelle Defizit quasi wettmachen. So kann man dies aber nicht sagen, weil man versucht hat Ansiedlungen nach Kriens zu bringen. Wenn man dies jedoch so kurzfristig ändert, verspielt man die Glaubwürdigkeit. Gerade Unternehmen sind auf langfristige Rahmenbedingungen angewiesen. Selbstverständlich ist es richtig, dass die Unternehmenssteuern nicht das Argument Nr. 1 zur Ansiedlung für eine durchschnittliche Unternehmung ist. Weitere Punkte sind die Lage, der Verkehr, das Grundstück, die Mitarbeiterqualifikation, die Ausbildung usw. Das ist jedoch auch je nach Form der juristischen Person unterschiedlich. Für eine Holding Gesellschaft sind die Steuern sicherlich der Punkt Nr. 1, weil sie weniger von den Mitarbeitern abhängig ist. Zum Gesamtpaket gehören aber die Verlässlichkeit und eine nachhaltige Politik dazu, damit man Unternehmen behalten kann. Selbstverständlich will man im Kanton Luzern eine Überprüfung machen, ob das finanzielle Gleichgewicht eingehalten wird. Im Kantonsrat wurde die Motion Peyer überwiesen die verlangt, dass das finanzielle Gleichgewicht von Leistungen zwischen Bund, Kanton und Gemeinden, aber auch die Finanzierung nach einer bestimmten Zeit überprüft wird. Zur Überprüfung braucht es nun mal ein paar Jahre. Es sind erst drei Jahre vergangen. Der Auftrag wurde erteilt. Wichtig ist auch, dass man bei der Unternehmenssteuerreform 3 davon ausgehen kann, dass alle Kantone z.T. über 20 % senken müssen. Dies geht plus/minus in die gleiche Richtung wie es im Kanton Luzern nun ist. Dann ist angedacht, dass der Kanton ungefähr 3 % mehr von den Bundessteuereinnahmen erhält. Hier hat Kriens zusammen mit K5 beim Kanton gefordert, dass die Gemeinden die Hälfte der Mehrerträge erhalten. Dies muss auch berücksichtigt werden, bevor eine Änderung vorgenommen wird. Die Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden werden hoffentlich zu ihren Gunsten verbessert.

7. Postulat Lammer: Stärkung der Organisationsstruktur im Sozialdepartement **Nr. 170/15**

Peter Portmann stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Cla Büchi opponiert der Überweisung.

Laut Thomas Lammer wurden in den letzten Monaten viele Fragen aus dem Sozialdepartement beantwortet. Die Antworten waren zum Teil sehr ausführlich und zum Teil etwas kurz gehalten. Manchmal stiegen sie wie ein Luftballon in den Himmel und zerplatzten. Dies führte zu heftigen Diskussionen. Es reicht ihm nicht nur Fragen zu stellen, sondern er möchte Lösungen. Dies war der Grund für die Einreichung des Postulats. Thomas Lammer hat auch mit dem Gemeinderat über die Strategie gesprochen. Aus diesen Gesprächen konnte er diese nachvollziehen und unterstützt es, dass man im In-Take-Bereich Schwerpunkte setzen möchte. Der Sprechende hörte sehr gute Ideen. Er möchte nicht, dass in der Gemeinde nur noch

Detektive herumlaufen. Man braucht sie aber eben doch. Dazu braucht es eventuell auch eine Schulung von gewissen Mitarbeitern. Er bittet darum das Postulat zu überweisen.

Die SGK findet es gemäss Bruno Bienz wichtig, dass das Postulat überwiesen wird. So können die Abläufe nochmals überprüft werden und dient allenfalls auch als Grundlage für Massnahmen. Darum bittet die SGK den Vorstoss zu überweisen.

Für Kathrin Graber, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, klingt es gut, wenn Parteien mit dem Gemeinderat zusammensitzen und das Gespräch suchen bevor ein Vorstoss eingereicht wird. Das ist auch ein Anliegen der SVP. Anscheinend stehen verschiedene Ideen im Raum, aber man weiss nicht ob es etwas ist. Der Bericht soll aufzeigen was Sinn macht. In den Köpfen gibt es noch Vorstellungen, dass dies auch in Kriens das einzig Richtige sein muss. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist nicht von allen Ideen und Massnahmen überzogen. Der Bericht ist eine Chance zu zeigen was Sinn macht. Vor allem dient es auch der Transparenz. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist klar für Überweisung.

Die SVP-Fraktion ist laut Räto Camenisch dankbar für den Vorstoss und die Entgegennahme des Gemeinderates. Dies zeigt, dass Kriens gemerkt hat, dass man schauen muss, weshalb man Kantonsmeister bei der Sozialhilfequote wurde. Man merkt, dass sich die Stimmung im Parlament gewandelt hat. Vor zehn Jahren hat man über den Sozialinspektor gesprochen. Dort wurde vom Gemeinderat gesagt, dass der Einwohnerrat der Verwaltung nicht vertraut. Das stimmt nicht. Der Einwohnerrat möchte zusammen mit der Verwaltung versuchen die Probleme zu lösen. Mit dem neuen Sozialhilfegesetz eröffnen sich auch neue Möglichkeiten. Der Regierungsrat hat die Möglichkeit von den SKOS-Richtlinien abzuweichen. Es stellt sich die Frage in welchem Ausmass er das tut. Aber es ist sicher richtig, wenn sich die Gemeinde auch Gedanken über die neuen Möglichkeiten macht. Kriens soll mit dem Kanton das Gespräch suchen und schauen was gemacht werden kann. In diesem Sinne ist die SVP-Fraktion froh, dass dies läuft und hofft, dass es nicht zu einer Papiertigerübung wird. Missbräuche sollen aufgedeckt werden. Weiter muss geschaut werden, ob die richtige Politik geführt wird und die Mitarbeiter das richtige Sensorium haben zu merken, welche Leute das Sozialsystem ausnutzen und welche mehr brauchen. Deshalb ist es wichtig, wenn man generell mal über die Bücher geht.

Gemäss Cla Büchi kann die SP/JUSO-Fraktion im Grundsatz das Anliegen, dass Sozialhilfe denen zukommen soll, die auch ein Recht darauf haben, unterstützen. Selbstverständlich ist es auch im Interesse der Gemeinde und des Sozialdepartementes, dass die Sozialhilfe die richtigen Empfänger erreicht. Das vorliegende Postulat impliziert, dass Sozialhilfe-Gelder ungerechtfertigt ausbezahlt werden. Das obwohl die Sozialabteilungen jedes Jahr die SGK mit detaillierten Rechenschaftsberichten darüber informiert, für was und an wen die Beträge gehen. Auch wird jeweils dargelegt, was unternommen wird, um Missbräuche und ungerechtfertigte Bezüge zu verhindern. Das immer wieder vorgebrachte Misstrauen in die Arbeit der Sozialämter und ihrer Fähigkeit, Missbräuche zu verhindern oder sie zu erkennen, ärgert die SP/JUSO-Fraktion. Es ist eine Tatsache, dass die Ausgaben für die verschiedenen Sozialleistungen kontinuierlich steigen. Diese unerfreuliche Entwicklung hat aber weniger mit ungerechtfertigten Leistungsbezügen zu tun, als vielmehr mit unzähligen Sparmassnahmen, erhöhten Anforderungen in der Arbeitswelt und Verschiebungen bei den Kostenträgern, wie das der Postulant in seiner Begründung selbst richtig erkennt. Es ist ja auch nicht so, dass immer weitergehende Kontrollen, Prüfungen und Nachforschungen kostenlos zu haben sind. Auch solche verursachen Kosten und die Relation von Aufwand und Ertrag müsste dann mindestens in einem positiven Verhältnis liegen. Auf keinen Fall darf es sein, dass allfällige zusätzliche Mas-

snahmen zu Lasten der bestehenden Stellenprozente erbracht werden müssen. Wenn man zusätzliche Kontrollen und Massnahmen will, dann sind auch die personellen und finanziellen Ressourcen dafür bereit zu stellen. Womit man wieder bei den steigenden Kosten ist. Die SP/JUSO-Fraktion ist mehrheitlich gegen die Überweisung des Postulats, weil sie der Meinung ist, dass bereits genug gegen den ungerechtfertigten Bezug von wirtschaftlicher Sozialhilfe gemacht wird.

Die Grüne/JG-Fraktion verdrehte gemäss Bruno Bienz auch zuerst die Augen und dachte nur nicht schon wieder. Die Grüne/JG-Fraktion ärgert die Masse der Vorstösse der FDP Richtung Sozialamt mit zum Teil haltlosen Unterstellungen. Aber sie hat sich auch vom Sozialvorsteher überzeugen lassen, wieso er den Vorstoss übernehmen möchte. Deshalb kann die Grüne/JG-Fraktion das Votum von Thomas Lammer unterstützen. Die Grüne/JG-Fraktion ist für Überweisung, obwohl sie nicht alle Aussagen im Vorstoss unterstützt.

Lothar Sidler dankt, dass die Mehrheit bereit ist den Vorstoss zu überweisen. Der Gemeinderat möchte das Postulat überweisen, weil das Sozialdepartement den Auftrag hat mit den Geldern sorgsam umzugehen. Das geht nicht nur zu Lasten der Sozialhilfebezüger sondern auch zu Lasten der Gemeinde. Wenn man sieht, dass das Geld sorgsam ausgegeben wird, dann sind die Leute eher bereit das nötige Geld zur Verfügung zu stellen. Wenn sie das Gefühl haben, dass das Geld zum Fenster hinaus geworfen wird, dann haben sie eine Aversion vom Geldausgeben, auch dann wenn sie denken es ist nötig. Der Gemeinderat stellt sich auf den Standpunkt, dass das Geld sorgsam und nachvollziehbar ausgegeben werden muss. Dann kommt es auch zu denjenigen, die es brauchen. Das Sozialdepartement überprüft permanent die eigenen Prozesse und schaut was gemacht werden muss, damit das Geld an den richtigen Ort kommt. Das Postulat von Thomas Lammer unterstützt das Sozialdepartement in dem Auftrag. Es gibt verschiedene Massnahmen wie auch im organisatorischen Bereich. Man möchte schauen, was gemacht werden muss, damit das Geld gar nicht ausgegeben wird, wo es nicht gebraucht wird. Anders ist es beim Sozialinspektor. Wenn er dann zum Einsatz kommt und feststellt, dass jemand gelogen hat, ist das Geld schon weg. Dieses Geld erhält die Gemeinde nicht mehr zurück. Der Gemeinderat möchte den Weg gehen, dass das Geld an diejenigen geht, die es benötigen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Lammer: Stärkung der Organisationsstruktur im Sozialdepartement (Nr. 170/15):

Das Postulat wird mit 23:6 Stimmen bei drei Enthaltungen überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	Enthaltung
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja

Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	Enthaltung
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	Enthaltung
Zosso, René	ja

8. Verabschiedungen

Peter Portmann bittet Brahim Aakti nach vorne. Er war seit dem 1. September 2010 Mitglied im Einwohnerrat. Während dieser Zeit hatte er von 2011 - 2012 Einsitz in der BRK. Brahim Aakti war ein sehr engagiertes Mitglied. Der Sprechende dankt für sein Engagement und seine Leistungen. Brahim Aakti verzichtet auf ein Geschenk und spendet das Geld dem Verein „Migration – Kriens integriert“.

Brahim Aakti fällt der Abschied schwer, weil er nicht ganz freiwillig ist. Er geht im Sommer zurück in seine Heimat nach Emmen. Seine Frau und er haben dort ein neues zu Hause gefunden. Deshalb muss er aus dem Einwohnerrat austreten. Während den letzten fünf Jahren durfte er sehr viel dazulernen und viele schöne Begegnungen erleben. Dies war zum einen im Einwohnerrat wie auch in der BRK wo er Einsitz von 2010-2015 hatte. Bei dieser Gelegenheit möchte er sich für die Zusammenarbeit und den aktiven Beitrag in der Politik bedanken. Im Speziellen gilt sein Dank der SP/JUSO-Fraktion. Brahim Aakti dankt für die Geduld mit ihm, denn er war nicht immer ein einfacher Genosse. Er wünscht allen alles Gute, gute Gesundheit und weiterhin gutes Gelingen bei der Gestaltung der Krienser Zukunft.

Peter Portmann bittet Mara Dalla Bona nach vorne. Sie war seit dem 1. September 2012 im Einwohnerrat. Sie hatte von 2012 - 2015 an Einsitz in der USK. Er dankt ihr für ihr Engagement, welches sie in Kriens als Einwohnerrätin geleistet hat.

Für Mara Dalla Bona waren es schöne, intensive und spannende drei Jahre. Sie durfte sehr viel lernen und bedankt sich bei allen recht herzlich. Der grösste Dank geht an die FDP-Fraktion. Sie wurde stets unterstützt und sie haben ihr auch Sachen erklärt, die sie nicht wusste. Ab September beginnt sie zu studieren und arbeitet weiterhin im Montana. Deshalb muss sie ihr Amt als Einwohnerrätin ablegen. Sie wünscht alles Gute und ist gespannt was in Kriens noch so läuft.

Gemäss Peter Portmann hat auch Gemeindepräsident Paul Winiker heute seine letzte Sitzung im Einwohnerrat Kriens. Er war im Einwohnerrat vom 1. Juli 2006 – 31. Mai 2007. Schon damals war er Mitglied in der FGK. Ab dem 1. September 2007 war er als Gemeinderat tätig und ab dem 1. September 2012 war er Gemeindepräsident. Der Sprechende übergibt Martin Heiz das Wort zur Verabschiedung seitens der SVP-Fraktion.

Laut Martin Heiz muss man heute Paul Winiker verabschieden. Mit seiner Art hat er Einiges bewegt in Kriens. Seine Art ist immer überall gut angekommen. Seine Präsentationen im Einwohnerrat waren immer sehr aufschlussreich und er informierte immer optimal über das Geschäft. Auch in der SVP-Fraktion hat Paul Winiker oft auch etwas bewegt. Er hat auch manchmal die Sichtweise der SVP-Fraktion geändert oder sie haben sie ihm angepasst. Paul Winiker konnte seine Sichtweise im Gemeinderat auch in die Fraktion hineinbringen, auch wenn man nicht immer der gleichen Meinung war. Die Diskussionen waren immer sachlich. So spürte die SVP-Fraktion den Puls des Gemeinderates und Paul Winiker hat den Puls der SVP in den Gemeinderat hineingetragen. Die SVP bedauert seinen Abschied. Er war auch der Mann der ersten Stunde der SVP Kriens, als diese im 1995 gegründet wurde. Gestern wurde am genau gleichen Ort die Nachnomination von Paul Winiker durchgeführt. Die SVP-Fraktion wünscht Paul Winiker alles Gute für seine Zukunft, viel Freude an seiner neuen Aufgabe und er soll bei seiner Arbeit Kriens nicht vergessen. Als kleines Geschenk überreicht er eine Krienser Maske, die ihn an Kriens erinnern soll.

Laut Paul Winiker hat sich in den letzten neun Jahren viel verändert. Ein Jahr war er auch im Einwohnerrat tätig. Die Geschichte wie er in den Einwohnerrat kam war legendär. Werner Birrer sel. und er mussten ein Los ziehen und er gewann dabei und wurde so Einwohnerrat. Er durfte relativ früh in der FGK Einsitz nehmen. Etwas was ihm auch geblieben war ist, dass Johanna Dalla Bona in der FGK vorgesehen war. Sie liess ihm jedoch den Vortritt, weil sie ihn als geeigneter erachtete. Er fand das sehr generös. Das zeigt, dass man auch über Parteien hinaus sagen muss was besser und sachgerechter ist und man seine eigenen Interessen zurücksteckt. Ein Jahr später wurde er als Gemeinderat gewählt. Zusammen mit Cyrill Wiget teilten Sie sich je zur Hälfte ein Pensum. Gestern wurde er vom Gemeinderat im Schössli sehr würdig verabschiedet. Dafür bedankt er sich auch nochmals recht herzlich. Zum Abschied schenken sie ihm einen Stich vom Schössli aus der Kultursammlung der Gemeinde. Sie haben sich also nicht in Kosten gestürzt. Der Sprechende hat in den neun Jahren erlebt, dass man immer gut unterwegs war, wenn der Gemeinderat und der Einwohnerrat zusammengearbeitet und am gleichen Strick gezogen haben. Wenn er zurückblickt wurden ein paar wichtige zukunftsweisende Projekte gestemmt und angepackt. Man soll weiterhin zusammen mit konstruktiven Diskussionen vorwärtskommen. Für eine urbane Entwicklung ist das BZR sehr wichtig. Darin gehört auch ganz klar der Verkehr. Die Herausforderungen sind gross, wobei es auch grosse Chancen sind. Im Entwicklungsschwerpunkt konnte der Bebauungsplan Eichhof West verabschiedet werden. Es gab gewisse Startprobleme, jedoch gehört das in der Politik auch dazu. Paul Winiker hatte Freude, dass der Gemeinderat gestern die erste Baubewilligung für den Mattenhof 1 unterschrieben hat. Die Chancen und die Herausforderungen sind nach wie vor gegeben. Man darf auch immer die Chance in der Entwicklung der urbanen Gemeinde sehen. Man ist nach wie vor stolz darauf, dass die Quartiere gepflegt werden. Die Quartierschulhäuser haben auch einen Mehrnutzen aber auch Konsequenzen. Verschiedene Schulhäuser müssen noch renoviert werden. Heute wurde der Planungskredit fürs Brunnmatt bewilligt. Ein paar Freizeitanlagen konnten auch angepackt werden. Paul Winiker freut sich auf die Wahlfeier, die Morgen ab 17:00 Uhr in der Badi stattfindet. Es sind alle herzlich eingeladen eine Krienser Wurst zu essen und mitzufeiern. Die Badi wird Morgen Freude bereiten, auch wenn sie manchmal Ärger bezüglich der Kosten gemacht hat. Die Herausforderungen wie der Verkehr ist eine Dauerherausforderung. Die Anliegen zum Bypass bezüglich der Überdachung und der Verkehrsprobleme hat er aufgenommen. Es sind ja dann nun zwei Krienser im Regierungsrat, die ja doch noch etwas für Kriens bewegen können. Im Weiteren konnten Altlasten angegangen werden, wie die Verselbständigung der Pensionskasse. Stolz ist er auch darauf, dass in der Informatik eine professionelle Lösung gefunden wurde. Kriens hat weitere Herausforderungen zu stemmen. Paul Winiker ist aber überzeugt, dass in dieser Zusammenarbeit gute pragmatische Lösungen gefunden werden. Letzte Woche konnte der Wegweiser der Departementsreform gestellt werden. Cyrill Wiget wird nun als Projektleiter zusammen mit dem Gemeinderat die Umsetzung an die Hand nehmen. Die Departementsre-

form ist wichtig für die Mitarbeiter. In diesem Sinne bedankt er sich auch bei allen Verwaltungsmitarbeitenden. Paul Winiker bedauert es, dass seine Ersatzwahl kurz vor den Gesamterneuerungswahlen gemacht werden muss. Die Karten sind noch nicht ganz auf dem Tisch. Er wünscht dem neuen Präsidium alles Gute und eine gute Hand in der Führung der Gemeinde. Weiter ist eine Ersatzwahl als Gemeinderat notwendig. Gestern Abend konnte die SVP Patrick Koch als Gemeinderatskandidat nominieren. Im Moment sind fünf Parteien im Gemeinderat vertreten. Die SVP ist die wählerstärkste Partei und zweitstärkste Fraktion. Der Sprechende findet es wichtig, dass die SVP nach wie vor im Gemeinderat vertreten ist. Es ist ein Erfolgsgeheimnis, dass auch wichtige Knackpunkte nur gelöst werden konnten, weil fast alle Parteien vertreten sind. Paul Winiker wünscht Patrick Koch alles Gute für die Wahl. Er ist überzeugt, dass auch Patrick Koch den Rollenwechsel vom Parteipolitiker zum Gemeinderat schaffen wird, falls er gewählt wird. Die Einarbeitung braucht halt eine gewisse Zeit. Der Sprechende bedankt sich nochmals beim Einwohnerrat. Er wünscht der Gemeinde Kriens, dem Einwohnerrat, dem Gemeinderat und allen Mitarbeitern viel Erfolg in allen zukünftigen Projekten. Paul Winiker ist nach wie vor Krienser und wird auch Kriens treu bleiben.

Peter Portmann erwähnt, dass die Verabschiedung von Verena Wicki Roth entfällt, weil sie noch nicht anwesend ist.

Schluss

Peter Portmann bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Einwohnerratsitzung findet am 3. September 2015 statt. Er wünscht allen schöne und erholsame Sommerferien.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich am Startevent Mattenhof.

Die Sitzung schliesst um 17:15 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsident:



Peter Portmann

Der Gemeindegeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp